

YouLi

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen Hessen

**QUO VADIS,
EUROPA**



Ausgabe 01/2024

- 4 EIN KLEINES EINMALEINS DER EUROPAPOLITIK
- 6 DAS EU-PARLAMENT – AUFGABEN UND HERAUSFORDERUNGEN
- 8 VISION EINER EUROPÄISCHEN ARMEE: INTERVIEW MIT HAUPTMANN SCHÄBLER
- 10 EUROPAS RÜSTUNGSINDUSTRIE: HANDLUNGSFÄHIGKEIT STÄRKEN
- 12 SCHWEDENS NATO-BEITRITT UND DIE FOLGEN FÜR EUROPA
- 14 EIN PLÄDOYER FÜR EUROPA
- 16 ÜBERTRÄGT DEUTSCHLAND ZU VIELE RECHTE AN DIE EU?
- 18 BÜROKRATIE BREMST UNS AUS
- 20 STREITBAR IN EUROPA – DAS WAR DER EUROPAPARTEITAG 2024
- 22 HOW TO... WAHLKAMPFSTAND
- 24 UNSERE JULI EUROPAWAHLKANDIDATEN
- 32 QUIZ ZU EUROPA
- 34 WHAT HAPPENED?
- 38 BACK TO BASICS LIBERALISMUS
- 40 GET TO KNOW: UNSERE BEZIRKE
- 42 BERICHT AUS DEM BUNDESVORSTAND
- 44 NEUES AUS DER LHG
- 46 NEUMITGLIEDERECKE
- 48 LIBERALE BUCHEMPFEHLUNG
- 49 KV-KRACHER: DIE HIGHLIGHTS AUS DEN KREISVERBÄNDEN
- 50 PINNWAND MIT VERANSTALTUNGEN

REDAKTION

ADRIANO JUGL

Unser Chefredakteur Adriano Jugl ist 19 Jahre alt und Schüler an der Obermayr Business School Wiesbaden. Bei den Jungen Liberalen Main-Taunus ist er als stellvertretender Vorsitzender für Programmatik tätig. Ihr erreicht ihn unter: ADRIANO.JUGL@JULIS.DE



JASMIN EBRAHIMIAN

ist 23 Jahre alt und studiert Lehramt in Mainz. Sie ist die Pressesprecherin der Julis Wiesbaden und Teil des Redaktionsteams für das YouLi Magazin. Ihr erreicht sie unter: JASMIN.EBRAHIMIAN@JULIS.DE



JANNIK WAGNER

ist 19 Jahre alt und Abiturient aus Wolfhagen. Er ist Redakteur des YouLi und kooptiertes Vorstandsmitglied des Regionalverbands der Jungen Liberalen Kassel. Ihr erreicht ihn unter: JANNIK.WAGNER@JULIS.DE



ANNA SOPHIA HOLLIDT

ist 17 Jahre alt und besucht die Oberstufe der Eichendorffschule Kelkheim. Sie ist seit 2021 Mitglied bei den JuLis und ist im MTK stellvertretend im Vorstand für Organisation tätig. Ebenfalls ist sie im Bezirksvorstand für Organisation zuständig und Redakteurin des YouLi. Ihr erreicht sie unter: ANNA.HOLLIDT@JULIS.DE



LIEBE JUNGE LIBERALE HESSEN

Die Europawahl 2024 rückt näher und damit die Chance, die Zukunft Europas aktiv mitzugestalten. In dieser Ausgabe des YouLi dreht sich daher alles um die Europäische Union (EU) und ihre Bedeutung für uns junge Menschen.

Die EU ist mehr als nur ein Staatenverbund. Sie ist ein Friedensprojekt, das uns seit über 70 Jahren ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglicht. Sie ist ein Wirtschaftsraum, der für Wohlstand und Innovation sorgt. Sie ist aber auch eine Wertegemeinschaft, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität einsetzt. In einer Zeit, in der die Zahl der demokratischen Staaten rapide abnimmt, brauchen wir eine noch stärkere Union, die wie ein Fels in der Brandung steht und nicht zu überhören ist, wenn Demokratie, Menschenrechte und Freiheit verletzt werden.

Die Wahl am 9. Juni 2024 ist unsere Chance, die Zukunft der EU mitzugestalten und mit einer starken liberalen Stimme im Parlament für die Freiheit der EU-Bürger zu streiten.

Eure YouLi-Redaktion

GRUSSWORT DES LANDESVORSITZENDEN

Liebe Julis,

auch wenn die Landtagswahl schon wieder gefühlte Ewigkeiten hinter uns liegt steckt sie vielen von uns noch in den Knochen. Da dies die erste Ausgabe des YouLi seitdem ist, möchte ich mich hier nochmal bei Euch allen für Euren Einsatz bedanken! Besonders möchte ich aber auch noch einmal unserer Spitzenkandidatin Lisa von Herzen DANKE sagen! Du hast einen geilen Wahlkampf auf die Beine gestellt und wir sind mehr als stolz auf Dich und Deine Leistung. Du fehlst im Hessischen Landtag bereits heute!

Vor uns liegt ein großes Wahljahr. Die Europawahl steht vor der Tür. Mit Isabel Schnitzler haben wir ein hessisches JuLi-Mitglied auf einem aussichtsreichen Listenplatz, mit Phil Hackemann einen starken JuLi-Spitzenkandidaten direkt dahinter. Wir haben genug Gründe um diesen Wahlkampf zum Erfolg zu machen. Weil wir zu Europa stehen, weil wir Europa besser machen wollen, weil wir Europa nicht den Antieuropäern überlassen dürfen. Gemeinsam werden wir alles dafür geben, damit es auch in Zukunft eine starke li-

berale Stimme in Europa gibt: ich freue mich auf den Wahlkampf mit Euch!

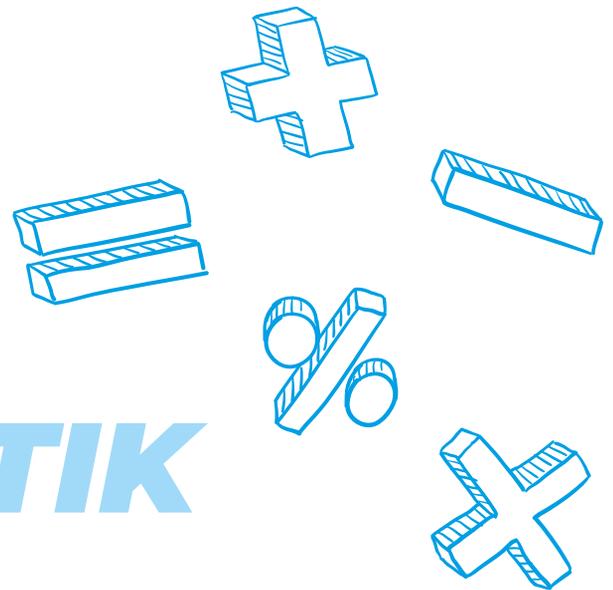
Aber auch innerverbandlich gibt es viel zu tun. Mit dem Nachwuchsförderprogramm setzen wir dieses Jahr ein über Jahre gewachsenes Großprojekt auf die Schiene. Das LPW am Edersee wird mit neuen, spannenden Formaten auf Euch warten, eine Sommertour durch das ganze Land mit Veranstaltungen in jedem Bezirk, unsere beiden LaKos im Juni und November, GOTV-Wochenenden bei unseren Freunden in Sachsen und Brandenburg, das Update der Websites im ganzen Land seht ihr ja bereits und vieles mehr.

Wir freuen uns auf das weitere Jahr mit Euch und bis dahin Euch allen viel Freude beim Lesen.

Euer Tim



EIN KLEINES EINMALEINS DER EUROPAPOLITIK



Das Europaparlament ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der europäischen Politik und Gesetzgebung. Dem neuen Parlament werden 720 Abgeordnete aus den 27 Mitgliedstaaten angehören, die 44,8 Millionen EU-Bürger repräsentieren. In Deutschland wählen wir davon 96 Parlamentarier. Die Bürger Maltas wählen hingegen nur 6 Abgeordnete, sind damit aber aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl verhältnismäßig durch mehr Parlamentarier repräsentiert als wir. Unter anderem aus diesem Grund leidet die EU unter einem Demokratiedefizit.

Das Parlament nimmt gemeinsam mit dem Rat, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind, die Aufgabe der Gesetzgebung wahr. Eine weitere wichtige Aufgabe nimmt das Parlament bereits unmittelbar nach den Europawahlen wahr. Es wählt auf Vorschlag des Europäischen Rates, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammenkommen, den Präsidenten der Europäischen Kommission. Die Europäischen Verträge sehen lediglich vor, dass der Europäische Rat dabei das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigt – was auch immer das heißt. Faktisch verhandeln die Parlamentarier gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs über Kandidaten, die voraussichtlich eine Mehrheit im Parlament finden könnten. Die restlichen Kommissare werden von den Mitgliedstaaten bestimmt, sodass die Kommission nicht die politischen Verhältnisse im Parlament spiegelt. Ob die Kommission etwa sozialdemokratisch, konservativ oder liberal geprägt ist, lässt sich also nicht so einfach feststellen und lässt sich insbesondere nicht durch die Wahlen

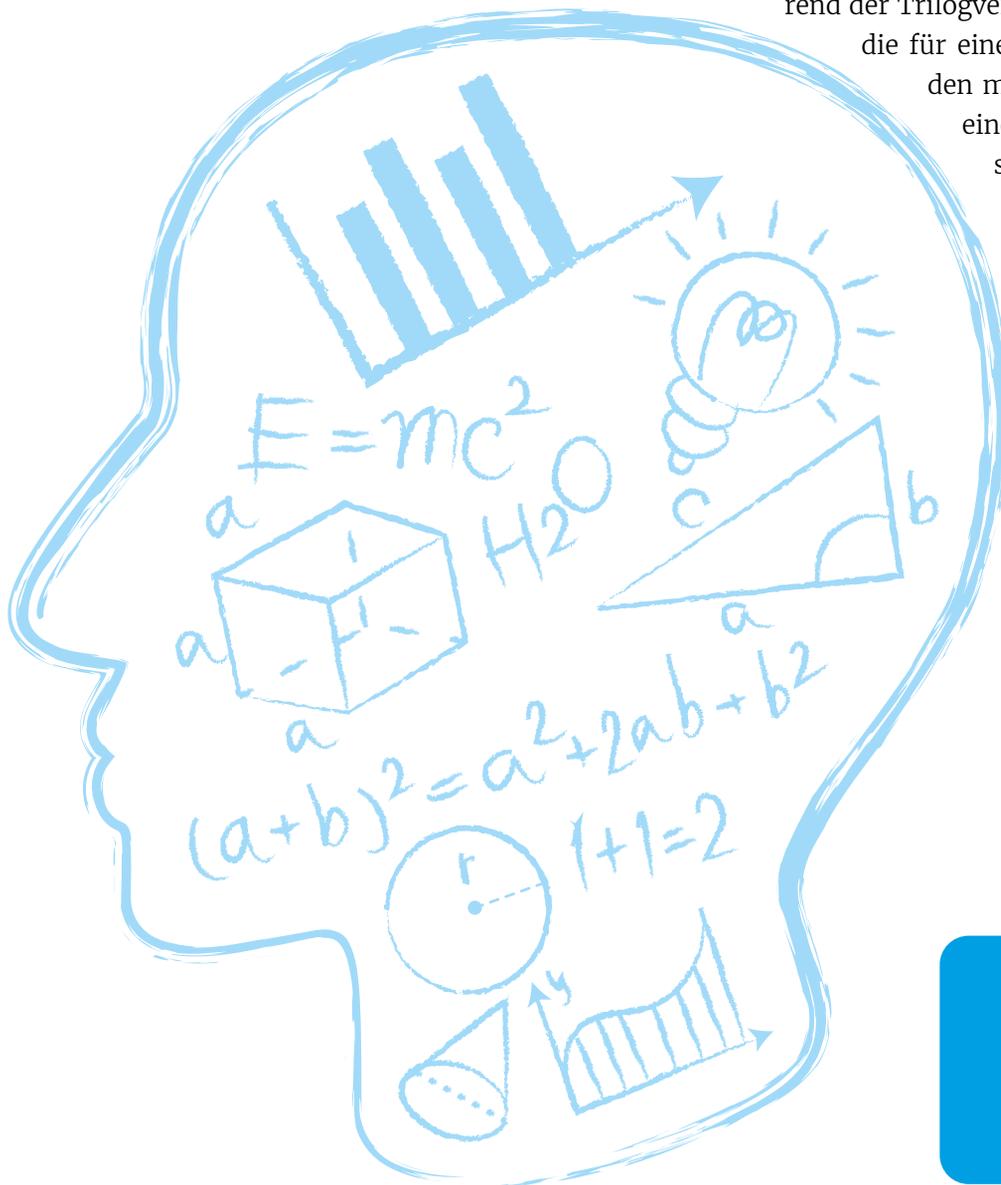
am 9. Juni beeinflussen. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag zum Beispiel festgelegt, dass die Grünen den nächsten Kommissar für Deutschland bestimmen dürfen, es sei denn Ursula von der Leyen wird wieder zur Präsidentin gewählt. Ganz ähnlich ist auf dem ersten Blick nicht so einfach erkennbar, welche politischen Strömungen den Rat bestimmen. Dieser Mangel an politischer Klarheit zählt zu den großen Schwächen der EU. Um politische Mehrheiten in der EU zu ändern, muss man jedoch klar nachvollziehen können, wie Mehrheiten überhaupt zustande kommen. Diese Intransparenz erschwert die politische Teilhabe und steigert den demokratischen Makel der EU.

Wie Gesetze in der EU, also Verordnungen und Richtlinien, verabschiedet werden oder nicht, lässt sich gut an der sog. Lieferketten-Richtlinie erklären. Ausgedacht und initiiert hat diesen Vorschlag kein Parlamentarier, denn nur die Kommission kann Gesetzesinitiativen in der EU starten, was den Parlamentarismus in der EU weiter defizitär erscheinen lässt. Wenn die Kommission dem Parlament und dem Rat einen Gesetzesvorschlag unterbreitet hat, berät das Parlament in einer ersten Lesung und legt einen Standpunkt fest, den es dem Rat übermittelt. Billigt der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so ist der betreffende Rechtsakt in dieser Fassung erlassen. Billigt der Rat den Standpunkt nicht, so legt er seinen Standpunkt fest und übermittelt ihn dem Parlament, das diesem zustimmen kann oder nicht. Kommt es zu keiner Einigung, wird ein Vermittlungsausschuss gebildet, in dem auch die Kommission beteiligt wird.

Bei umstrittenen Gesetzesvorhaben kommt es jedoch vor oder während des formellen Gesetzgebungsverfahrens zum sogenannten Trilog. An dieser informellen interinstitutionellen Verhandlung nehmen Vertreter des Parlaments, des Rates und der Kommission teil. Ziel eines Trilogs ist es, eine vorläufige Einigung über einen Legislativvorschlag zu erzielen, der sowohl für das Parlament als auch für den Rat annehmbar ist. Diese vorläufige Vereinbarung muss dann in einem förmlichen Verfahren vom Parlament und Rat angenommen werden. Der Vorschlag von Ursula von der Leyen's Kommission zur sog- Lieferketten-Richtlinie wurde zunächst im informellen Trilog verhandelt. Ende letzten Jahres einigten sich die Unterhändler auf eine Version. Diese hätte nun vom Rat und dem Parlament beschlossen werden müssen. Dank der FDP konnte sich die Bundesregierung als Mitglied im Rat auf diesen Entwurf nicht einigen, sodass sich Deutschland

bei der Abstimmung im Rat enthalten muss – so hatte wurde es im Koalitionsvertrag festgelegt. Die Ratspräsidentschaft, die halbjährlich wechselt und die zurzeit Belgien innehat, rechnete auch mit der Enthaltung von Italien, Schweden, Estland, Lettland, die Slowakei, Tschechien und Litauen, sodass die Abstimmung im Rat kurzerhand abgesagt wurde. Grundsätzlich beschließt der Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren mit einer qualifizierten Mehrheit, dafür ist eine Mehrheit von mindestens 72 % der Mitglieder des Rates erforderlich, sofern die von ihnen vertretenen Mitgliedstaaten zusammen mindestens 65 % der Bevölkerung der Union ausmachen. Für aufmerksame Beobachter der europäischen Verhandlungen muss seit über einem Jahr klar gewesen sein, dass eine Bundesregierung, der die FDP angehört, nicht jedem Kompromiss zustimmen würde. Die Bundesregierung verwies in einer Protokollerklärung während der Trilogverhandlungen bereits 2022 auf Vorbehalte,

die für eine Zustimmung Deutschlands erfüllt werden müssten, dazu zählte etwa die Einführung einer Safe-Harbour-Regelung. Eine solche sah der Entwurf nach den Trilogverhandlungen jedoch nicht vor. Die FDP kann also den Unterschied machen. In diesem Zusammenhang sei insbesondere daran erinnert, dass die CDU gemeinsam mit der SPD ein Lieferkettengesetz für Deutschland eingeführt hat, das sich vom europäischen Vorschlag etwas unterscheidet. Es ist also gut möglich, dass eine Bundesregierung ohne FDP-Beteiligung auch dem noch weitergehenden europäischen Lieferkettengesetz zugestimmt hätte.



Philipp Kratzer (32)

ist Richter und im Landesvorstand der FDP Hessen. Er ist Gemeindevertreter und Kandidat für das Europäische Parlament.

DAS EU-PARLAMENT

AUFGABEN UND

HERAUSFORDERUNGEN

IN TURBULENTEN ZEITEN

Seit 2010 regiert in Ungarn Ministerpräsident Orbán. Letztes Jahr konnte in den Niederlanden die rechtspopulistische Partei PVV von Geert Wilders die Parlamentswahl gewinnen. In Polen schaffte es die nationalkonservative PiS-Partei erneut stärkste Kraft zu werden – konnte jedoch keine Mehrheit bilden. In Schweden, Italien und Finnland regieren rechtspopulistische bis -extreme Parteien. Die FPÖ ist laut Meinungsforschern in Österreich stärkste Kraft. Auch in Deutschland wird die AfD immer stärker und findet sich teilweise im Osten bei bis zu 35% wieder – um nur einige Beispiele zu nennen.

In den USA finden im November die Präsidentschaftswahlen statt, wodurch man sich in Brüssel und Berlin sorgt, dass Trump wiederkommen könnte. Denn dieser kritisierte, dass sich die USA zu viel in der NATO engagieren und sich andere Mitgliedsstaaten unter diesem Schutz ausruhen würden. In einer Wahlkampfveranstaltung kündigte er an, keinen NATO-Partner schützen zu wollen, der das 2%-Ziel – also die Investition der Bündnismitglieder von jährlich zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in Verteidigungsausgaben – nicht einhält. Weiter führte er aus, dass er Russland ermutigen wolle, mit diesen Staaten machen zu können, was Putin wolle.

Weiter wird befürchtet, dass der Freihandel zwischen den USA und Europa mit protektionistischen Maßnahmen weiter eingeschränkt werden könnte, wie auch schon in seiner letzten Amtszeit.

Zu alledem kommt, dass in Deutschland u.a. durch das Erstarken der AfD die Gesellschaft polarisiert und gespalten wird. Die in der Öffentlichkeit schlecht wahrgenommene Regierungsarbeit der Bundesregierung oder schlecht differenzierte Berichte in den Nachrichten haben mit Sicherheit einen Teil daran.

Das Superwahljahr 2024 ist ein Richtungswahljahr. Wir in Hessen werden durch die Europawahl Einfluss nehmen können. Mit dem Kreuz an der richtigen Stelle können wir uns in den turbulenten Zeiten für Freiheit, Demokratie, Weltoffenheit und Wohlstand entscheiden und den Rechtspopulisten und -extremen eine klare Absage erteilen. Gegen Menschenfeindlichkeit, Autoritäten, antidemokratischen Einstellungen und Protektionismus.

Dafür sind vom 06.-09.06.2024 etwa 350 Millionen Wahlberechtigte Bürger der EU ab 16 Jahren aufgerufen, bei der Europawahl ein neues EU-Parlament für 5 Jahre zu wählen. In Deutschland sind etwa 66 Millionen Bürger dazu berechtigt, am 09.06.2024 96 der 720 zukünftigen Mitglieder des einzigen direkt gewählten Organs der Europäischen Union zu wählen.

Das Europäische Parlament erfüllt drei wesentliche Aufgaben: die Gesetzgebung, die Haushaltskontrolle und die parlamentarische Kontrolle der EU-Kommission und des Rats der EU. Außerdem muss das Parlament bei wichtigen Entscheidungen, wie etwa dem Beitritt neuer Länder zur EU, beteiligt werden.

Bei ordentlichen Gesetzgebungsverfahren legt die EU-Kommission dem Parlament und dem Rat der EU einen Gesetzesvorschlag vor. Sollte der Vorschlag bis zur 2. Lesung keine Mehrheit im Parlament bekommen haben, kommt der Vorschlag in den Vermittlungsausschuss. Sollte der Vorschlag dort abgelehnt werden, ist er vom Tisch. Anderweitig stimmen in der 3. Lesung der Rat der EU und das Europäische Parlament dem Gesetz zu.

Gleichberechtigt mit dem Rat der EU stimmt das Europäische Parlament über den EU-Haushalt ab und kann diesen ablehnen, um Änderungen zu erwirken. Das Parlament kann dabei in allen Politikbereichen mitentscheiden, wofür wie viel Geld ausgegeben wird.

Das Europäische Parlament hat außerdem die parlamentarische Kontrolle inne und besitzt daher das Recht, den Präsidenten der EU-Kommission auf Grundlage eines Vorschlags der Staats- und Regierungschefs zu wählen. Eine neue EU-Kommission muss außerdem von dem Europäischen Parlament bestätigt werden und kann durch einen Misstrauensantrag den Rücktritt der amtierenden Kommission einfordern. Auch die hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik benötigen die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Das Europäische Parlament ist, wie der deutsche Bundestag, ein Arbeitsparlament, weshalb die Hauptarbeit in den 20 parlamentarischen Ausschüssen stattfindet. Die Zusammensetzung der Ausschüsse spiegelt die Zusammensetzung des Plenums wider, wo sich Abgeordnete ihrer politischen Zugehörigkeit nach in Fraktionen zusammenschließen. Unsere momentanen Abgeordneten des Europäischen Parlaments der FDP sind Andreas Glück, Svenja Hahn, Michael Kauch, Moritz Körner und Jan-Christoph Oetjen und schließen sich gemeinsam mit zwei Abgeordneten der Freien Wähler zur Fraktion „Renew Europe“ mit Abgeordneten aus anderen europäischen Ländern zusammen.



Jannik Wagner (19)

ist Abiturient aus Wolfhagen. Er ist Redakteur der Mitgliedermagazins YouLi und wurde 2024 in den Vorstand des Regionalverbands der Jungen Liberalen Kassel kooptiert.

VISION EINER EUROPÄISCHEN ARMEE: INTERVIEW MIT HAUPTMANN SCHÄBLER

Die Europäische Union ist ein Erfolgsprojekt, welches für Demokratie, Frieden und Freiheit steht. Der 24. Februar 2022 hat uns auf brutalste Weise gezeigt, dass Krieg in Europa wieder möglich ist. Der russische Angriffskrieg hat die Frage der Verteidigung in den europäischen Staaten wieder auf die Agenda gebracht. Wir als junge Liberale haben ein konkretes Bild, wie unsere Beschlusslage des 27. Bundeskongresses zeigt: „Die nationalen Armeen gehen langfristig in einer europäischen Freiwilligenarmee auf, die in Friedenszeiten dem Verteidigungsminister und im Verteidigungsfall dem Präsidenten der Europäischen Kommission untersteht“. Als Partei haben wir also einen klaren Plan, wie so eine Armee aussehen könnte. Wie sieht es aber jemand, der diesen Plan eventuell ausführen muss?

Genau aus diesem Grund habe ich mich mit einem Jugendoffizier der Bundeswehr, Herrn Hauptmann Alexander Schäbler, getroffen, um über diese Thematik zu sprechen. Als Referent für Sicherheitspolitik wird er regelmäßig von öffentlichen Einrichtungen eingeladen, um zu solchen Themen vorzutragen und darüber zu diskutieren.

Adriano: Herr Hauptmann Schäbler, denken Sie, dass solch ein Ziel in ferner Zukunft möglich wäre?

Hauptmann Schäbler: Also grundsätzlich denkbar ist es natürlich. Die gegenwärtige Debatte ist auch nicht der erste Vorstoß in diese Richtung. Es gab schon in den 1950er Jahren die Idee einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und seither immer wieder die Versuche, das auch zu strukturieren und zu verstetigen. Zum Beispiel die sogenannte „Permanent Structured Cooperation“ (PESCO) der EU in 2018. Diese dauerhafte, strukturierte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, also Leuchttürme einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, beweist den Willen und das Bedürfnis der Mitgliedstaaten. Immer wieder kam auch das Thema EU-Armee in diesem Kontext auf. Aber: der große blaue Elefant im Raum heißt NATO.

Adriano: Welche positiven und negativen Auswirkungen hätte eine solche Armee Ihrer Meinung nach?

Hauptmann Schäbler: Meiner Einschätzung nach hätte so eine Armee durchaus viele positive Effekte. Nicht nur gelänge eine zusätzliche Abschreckungswirkung mit einer Sicherheitssteigerung nach außen, sondern auch eine Einigung nach innen. Auch das Reduzieren innereuropäischer Spannungen oder Probleme würde erreicht, da Länder, die miteinander in einem festen Verteidigungsbündnis stehen, sich nicht so gut auseinanderleben oder, im Worst Case, Konflikte militärisch austragen können. Also die Idee eines Europas, welches gemeinschaftlich handelt und somit nationale Vorbehalte überwindet, würde eine grundlegende und erhabene Friedensordnung unterstützen. Dies würde auch ein gemeinschaftliches anstatt eines unilateralen Handelns der Mitgliedsländer fördern. Das Resultat wäre, dass die EU mit einer Europäischen Armee sich als Akteur auf der Weltkarte etablieren und damit auch zu einer militärischen Supermacht aufsteigen würde.

Dies ist insbesondere daher interessant, weil die USA ihren sicherheitspolitischen Fokus gegenwärtig auf den Indopazifik richten. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll aber mehr eine europäische Sache sein als eine amerikanische. Das ist das, worauf es hinauslaufen könnte, wenn z.B. Donald Trump die nächsten Wahlen gewinnen würde. In diesem Falle droht die NATO weniger relevant für die USA zu werden und damit würde auch die primäre Schutzmacht Europas schwinden. Sprich, die westliche Sicherheitsarchitektur müsste möglicherweise ohne den großen Player Amerika auskommen. Als Folge müsste jemand in die Lücke springen, und das gelänge sicherlich besser mit einer starken, vereinigten Europäischen Union als mit 27 Nationalstaaten.

Andererseits müssten zum Beispiel die Führungsgrundsätze geklärt sein. Die Sprache muss geklärt sein. Als ich deutscher Soldat in der europäischen Mission EUTM Mali 2013 war, da gab es zum Beispiel regelmäßig die Frage: „Welche ist die Sprache, in der sich alle unterhalten und in der die offizielle Papierlage ist? Ist das Englisch oder Französisch?“ Manchmal reduziert es sich auf solche Punkte.

Ein weiterer Widerspruch, der mir einfällt, ist der sogenannte nationale Vorbehalt über Staatsbürger, aber auch über Exekutivmittel wie die europäischen Armeen. Konkret heißt das: Aktuell haben wir eine Situation, in welcher die Europäische Union in ihren Militärmissionen Vorgaben definiert, sozusagen einen Satz an Spielregeln, und dann aber wiederum die einzelnen Länder ihren eigenen nationalen Vorbehaltskatalog hinzufügen. Dies geschieht aus gutem Grund: Als deutscher Staatsbürger bin ich dem deutschen Recht und Gesetz unterworfen, auch in Auslandseinsätzen, und das deckt sich nicht immer 1 zu 1 mit dem, was auf europäischer Ebene abgesprochen wurde.

Adriano: Was würde es brauchen, dass so ein Ziel umsetzbar wäre?

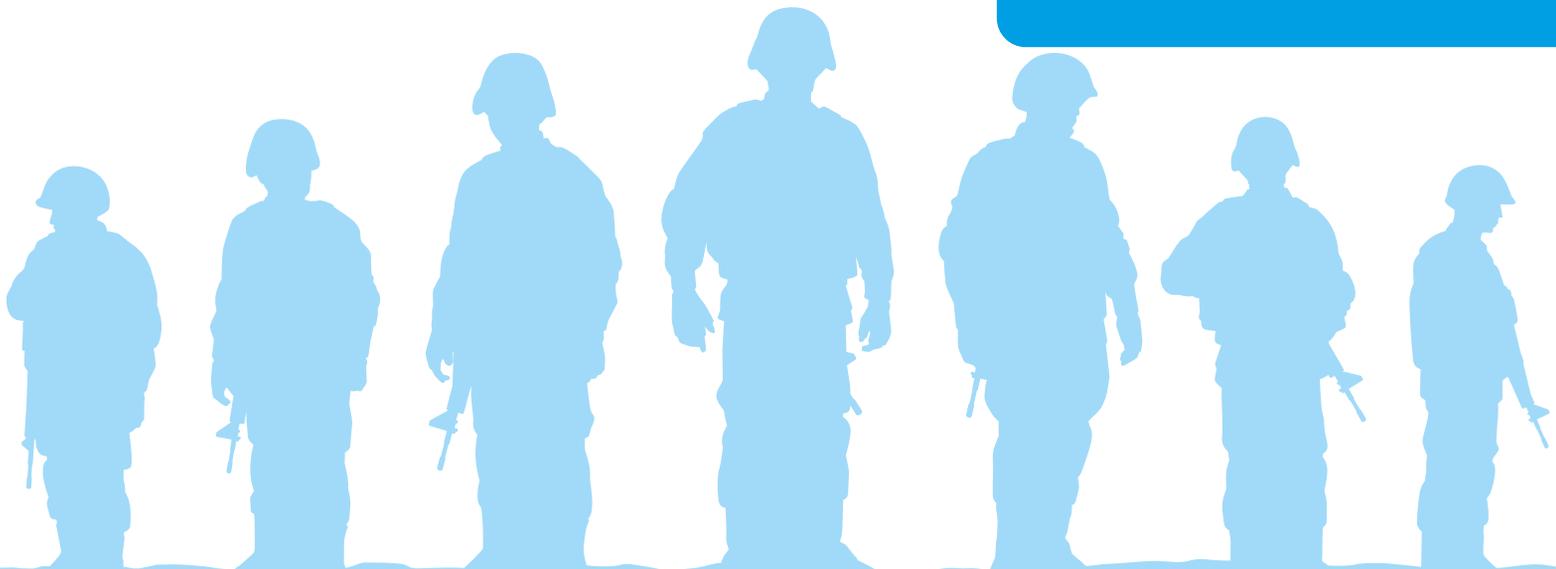
Hauptmann Schäßler: Das Obere müsste entweder vereinheitlicht werden oder man müsste, das ist jetzt nur von mir spekuliert, sozusagen den EU-Soldaten komplett aus dem nationalen Rahmen ausklammern. Sozusagen ein supra-nationaler EU-Soldat. Mit komplettem EU-Recht, und dann kann dieser Soldat aber nicht mehr nationalem Recht unterliegen.

Adriano: Würde eine europäische Armee uns unabhängiger von den USA machen?

Hauptmann Schäßler: Da ist auch die Rolle Amerikas, soweit ich das sehe, ambivalent gewesen. Es gibt eine Strömung in Amerika, die sagt: „Ja bitte, Europa, werde erwachsen, übernimm deinen Part, du bist immer noch ein Teil der Familie, aber selbstständig“. Es gibt aber auch die Strömung, die meint: „Wir sind recht froh, wenn wir in Europa einen stabilen Fußabdruck haben und Europa sozusagen der Juniorpartner bleibt“. Und das ist immer je nach Weltlage und Legislaturperiode ein bisschen unterschiedlich. Aktuell ist die Herausforderung für Amerika, dass es wie ein Chamäleon um beide Seiten des Globus zugleich blicken muss in Richtung Europa und in Richtung Indopazifik. Daher scheint es mir, als werde eine erwachsene EU gegenwärtig vorgezogen. Persönlich sehe ich in dieser Krise eine Chance, aber auch eine gewaltige Herausforderung für die Mitgliedstaaten wie Deutschland.



Hauptmann Alexander Schäßler ist Referent für Sicherheitspolitik und Jugendoffizier der Bundeswehr für den Bereich Mittelhessen.



EUROPAS RÜSTUNGSINDUSTRIE: HANDLUNGSFÄHIGKEIT STÄRKEN

Im Sommer 2022 sorgte eine Meldung aus Warschau für Aufregung: Die damalige Regierung unter Führung der PiS hatte unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die zu Polen benachbarte Ukraine 48 Kampffjets, 648 Panzerhaubitzen und 1000 Kampfpanzer K2 in Südkorea geordert. Unruhe gab es, da der deutschen Rüstungsindustrie das große Auftragsvolumen entgangen war zugunsten eines asiatischen Konkurrenten. Ohne Frage können deutsche Unternehmen mit Produkten wie dem Leopard 2 auf hohe Qualität verweisen, doch der koreanische K2 Black Panther muss den Vergleich nicht scheuen, ganz im Gegenteil. Ausschlaggebend war schließlich ein anderer, wichtiger Faktor: Die Koreaner können schneller liefern. Die ersten zehn Panzer wurden schon im Oktober 2022 übergeben.

Dieser Fall weist gleich mehrere für die Europäische Union kritische Punkte auf:

Der polnische Auftrag ist eine direkte Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine. Dieser Krieg bedroht massiv die europäische Nachkriegs- und Friedensordnung mit globalen Auswirkungen etwa durch Hunger in Afrika. Der Verlauf des Krieges und die Reaktion des Westens haben auch Einfluss auf das Handeln von Staaten wie China mit Blick auf Taiwan. Iran, China, Nordkorea liefern Waffen an Putin - ein internationales, antiwestliches Bündnis entsteht.

Die Sicherheitsinteressen von Polen und den baltischen Staaten müssen wir stärker berücksichtigen als dies in der Vergangenheit der Fall war, Stichwort Nord Stream. Sicherlich konnte man die damalige PiS-Regierung wegen ihrer autoritären Innen- sowie ihrer nationalistischen, EU-kritischen Außenpolitik kritisieren. Doch die Bedrohung Polens durch Russland ist real. Daher ist es verständlich, dass die polnische Regierung sicherheitspolitisch schnelle Ergebnisse erreichen wollte, welche Warschau durch einen Vertrag mit Südkorea besser gewährleistet sah als durch eine euro-

päische Beschaffung von Rüstungsgütern. Die europäische Rüstungsindustrie muss leistungsfähiger werden. Es ist zu vernehmen, dass die Ukraine pro Tag zwischen 5.000 und 10.000 Schuss Artilleriemunition verbraucht und in einer Woche das, was Frankreich in einem Jahr produziert, so der französische Präsident Macron. Deutsche Munitionsvorräte reichen wohl nur für wenige Tage in einem hochintensiv geführten Konflikt. Die NATO-Vorgabe, genügend Munition für einen Monat vorzuhalten, erfüllen höchstens noch die USA.

Welche Folgen ergeben sich aus diesen Erkenntnissen für Europa?

Die Europäische Union muss sich weiter konsolidieren und besser koordinieren. Sie muss militärisch handlungsfähiger werden. Bislang ist das überlebenswichtige Thema Verteidigung nicht einmal durch eine eigene EU-Kommissarin abgebildet. Die EU-Mitgliedsstaaten werden weitere Souveränität abgeben müssen, um Sicherheit zu gewinnen. So haben die EU-Battlegroups die teilnehmenden



JETZT ODER NIE!



Staaten zwar einander nähergebracht, sind aber bislang militärisch unter ihren Fähigkeiten geblieben; es braucht zusätzliche gemeinsame Strukturen auf EU-Ebene, etwa im Bereich Planung und Führung.

Das enge Bündnis mit den Demokratien der Welt muss gesucht werden, um der Achse Russland-China-Iran die Kräfte von Freiheit, Demokratie, Emanzipation und Menschenrechten entgegenzusetzen.

Die dauerhafte Stationierung einer Brigade der Bundeswehr in Litauen ist ein wichtiger Schritt zur Rückversicherung unserer Verbündeten und Stärkung der Ostflanke der NATO. Dieses historische Projekt ist jedoch anspruchsvoll und darf nicht scheitern. Zugleich müssen unsere Partner wie Gegner sehen, dass wir unsere Verantwortung für Landes- und Bündnisverteidigung ernstnehmen. Der Bundeswehr müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden für eine personelle wie materielle Wiedergewinnung der Kräfte. Das Sondervermögen ist ein wichtiges Element hierzu, wird aber 2027 auslaufen. Dann werden der Bundeswehr ca.

20 Milliarden Euro fehlen. Mindestens zwei Prozent des BIP müssen also langfristig für den Verteidigungsetat sichergestellt werden.

Aus der Rüstungsindustrie in Europa muss eine europäische Rüstungsindustrie werden. Je mehr Staaten ihre Expertise und Mittel bündeln, umso größere Projekte können umgesetzt und parallel die Interoperabilität gesteigert werden. Die Zahl der unterschiedlichen Modelle eines Waffensystems sollte reduziert werden. Wir brauchen europäische und liberale Rüstungsexportregelungen, Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten durch Kreditinstitute und positive Anreize für Unternehmen, in neue Produktionslinien zu investieren.

In Warschau regiert inzwischen eine europafreundliche Koalition, doch drohen EU-feindliche Kräfte bei der Wahl zum Europaparlament stärker als je zu werden. Zugleich steigt der militärische Druck Russlands auf die Ukraine und damit stellvertretend auf EU und NATO. Wenn die EU zumindest auf dem eigenen Kontinent gestaltend handlungsfähig sein möchte, muss sie auch militärisch fähig sein.



Alexander Müller MdB

Verteidigungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.



SCHWEDENS NATO BEITRITT UND DIE FOLGEN FÜR EUROPA

Seit dem 24.02.2022 ist nichts mehr wie es mal war. Der Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine hat einiges ins Wanken gebracht, sowohl für Deutschland, die EU oder international. Diese Realität und Aggression mit der dieser Krieg in der Ukraine geführt wird, zeigen deutlich auf, dass Demokratie, Freiheit und Frieden eben nicht mehr selbstverständlich sind. Dieses Verständnis setzte schlagartig auch bei den Bevölkerungen von Schweden und Finnland ein. Finnlands Regierung und Bevölkerung kümmert sich auf einmal akribisch um die Sicherheitslage ihres Landes, da sie als direktes Nachbarland von Russland große Angst und Sorge hatten, ein weiteres Opfer von Putins gewaltsamen Aggressionen und unbegründeten Machtansprüchen zu werden.

Auch in Schweden fürchtete man schwere Auswirkung des Krieges und direkte Konflikte mit Russland.

Das alles führte dazu, dass beide Länder zusammen Anträge zum Beitritt in die NATO im Mai.2022 einreichten. Viel hat sich seitdem getan. Finnland ist NATO-Mitglied, die EU-Staaten und die USA unterstützen die Ukraine weiter mit Munition, Ausrüstung und starken Finanzen und Schweden hängt seit nun fast zwei Jahren in der diplomatischen Warteschleife. Dabei könnte es doch so einfach sein, oder? Zumindest nicht, wenn es nach dem türkischen Präsidenten Erdogan geht und auch Ungarns Präsident Orbán, ist da offensichtlich anderer Meinung. Dabei ist bzw. wäre Schweden ein weiterer sehr wichtiger Partner für die NATO, auch

auf Grund des gut ausgebildeten und starken Militärs, eine Bereicherung für das Verteidigungsbündnis. Die Gründe dahinter sind allerdings diplomatisch vielseitiger Natur. Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit der Türkei, die nun doch neue F16 Kampffjets der Amerikaner bekommen, stimmten Erdogan und seine Nationalversammlung für einen Beitritt Schwedens in die NATO. Hintergrund der Verhandlungen waren vor allem die Koran Verbrennungen und die nicht als „Terrororganisation“ eingestufte PKK in Schweden.

Und Orban, der seine immer mehr autokratisch wirkende Politik einzig und allein auf sein Land bezieht und dabei auch nicht die Nähe zu Putin scheut, möchte ebenfalls das Beste für ihn und Ungarn rausholen und am besten dabei auch nicht bei Putin in Ungnade fallen. Unter dem Vorwand des Konfliktpotenzials, verzögert er die Aufnahmegespräche und die weitere Planung. Damit spalten Erdogan und Orban die EU und auch die internationale Gemeinschaft.

Schwedens Regierung und Vertreter lassen sich aber nicht beirren und halten am Ziel fest, denn sie wissen dass der Eintritt in das NATO-Bündnis ein wichtiges Zeichen an Putin sendet und eine Garantie für Sicherheit in Europa und der Welt ist.

Trotz 600 Jahre Neutralität war Schweden bisher immer ein guter und auch zuverlässiger Teil der EU. Sowohl im wirtschaftlichen, als auch im diplomatischen Sinn. Schweden gehört zu den fortschrittlichsten Ländern der Welt und ist ein liberales Vorbild für ganz Europa und auch für uns hier in Deutschland.

Nun erfolgt der nächste Schritt, den Frieden und die Rechtsstaatlichkeit in Europa zu sichern. Die NATO bekommt, und somit auch Europa, ein tatkräftigen Verteidiger der Freiheit als Partner. Zusammen mit anderen Ländern wie Polen, Dä-

nemark, Deutschland, Finnland und den baltischen Staaten, gelingt es nun ein Großteil der Ostsee vor russischen Aggressionen sowie Spionage- und Sabotageaktionen zu schützen. Die Bedeutung des Beitritts von Finnland und hoffentlich dem nächst auch Schweden, sind dabei unerlässlich, und bilden eine feste Säule der Verteidigungsfähigkeit im Norden, für ganz Europa und die damit verbunden Prinzipien, die uns in Europa am Herzen liegen.

Demokratie, Frieden, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit sind nicht selbstverständlich, das haben wir gelernt. Diese Werte einen uns alle und müssen um jeden Preis verteidigt werden!

Denn es bedeutet, sich nicht von rücksichtslosen bzw. gewaltsamen Autokraten sowie Diktatoren unterdrücken und einschüchtern zu lassen, sondern weiter für Gerechtigkeit zu kämpfen, auch wenn es umso schwerer erscheint.



Fynn Gabriel Reuther (19)

ist Schüler in Wiesbaden. Er ist Stellvertretender Vorsitzender der FDP Eltville sowie Stellvertretender Vorsitzender für Organisation. Zudem ist er seit 2024 Vorsitzender des LAK für Internationales & Verteidigung der Jungen Liberalen Hessen.

EIN PLÄDOYER FÜR EUROPA

Am vergangenen 22. Januar war es wieder soweit: Deutschland und Frankreich feierten den 61. Jahrestag des Élysée-Vertrages. Dieser historische Vertrag wurde 1963 vom westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatsoberhaupt Charles de Gaulle im Pariser Präsidentenpalast unterzeichnet und markierte einen entscheidenden Wendepunkt in den Beziehungen beider Nationen. Er beendete eine jahrhundertalte Beziehung von Hass und Rivalität und legte den Grundstein für eine enge Freundschaft und eine anhaltende Zusammenarbeit. Und doch ist längst noch nicht alles Gold, was glänzt – ein Kommentar.

Der am 22. Januar 1963 unterzeichnete Vertrag verpflichtete Deutschland und Frankreich seither zu regelmäßigen Konsultationen und Abstimmungen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik. Er war und ist noch immer ein Meilenstein für den Aufbau eines gemeinsamen Europas, das auf Frieden, Freiheit und Demokratie basiert. Noch berühmter wurde er für die erste Zündung für den „Motor Europas“, der seit der ersten Partnerschaft Adenauer-De Gaulle in den 60er Jahren zahlreiche Aufgaben meisterte: Bei der historischen Versöhnung angefangen wurden weitere Meilensteine wie die deutsche Wiedervereinigung, die Erweiterung und Vertiefung der EU



oder auch die Einführung des Euro gemeinsam erreicht. Ein ikonisches Symbol dieser engen und vertrauensvollen Partnerschaft war der symbolische Akt von Kanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand, die sich 1984 anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges an der Gedenkstätte von Verdun die Hand reichten.

Seitdem haben zahlreiche erwähnenswerte Staats- und Regierungschefs die deutsch-französische Freundschaft gepflegt und ausgebaut. Angefangen bei Adenauer und De Gaulle, die als Väter und Architekten dieser historischen Partnerschaft gelten, über Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, die die Europäische Währungsunion und das Europäische Währungssystem schufen, bis hin zu Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die die Eurokrise gemeinsam bewältigen mussten.

Die jüngste Vertiefung des deutsch-französischen Zusammenhaltes belegt der von Emmanuel Macron und Angela Merkel 2019 unterzeichnete Vertrag von Aachen. Dieser zielt darauf ab, die Kooperation und Integration zwischen Deutschland und Frankreich in allen Bereichen zu stärken, insbesondere in der Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie in Nachhaltigkeitsfragen. Ebenso zielt er darauf ab, die Verbindungen zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder zu fördern und zu stärken.

Jedoch scheint die einst unzertrennbare Partnerschaft mehr als je zuvor abzukühlen und die Zeiten der uneingeschränkten Kooperation passé zu sein. In den vergangenen Jahren wurde beobachtet, wie Paris und Berlin politisch voneinander abgedriftet sind – nicht nur aufgrund der Krisen der vergangenen Jahre. Das prominenteste Beispiel ist hier die nationale Atomstrategie, oder noch aktueller, die europäische Herangehensweise zu einem Abkommen mit den Mitgliedsstaaten des MERCOSUR-Bündnisses.

Doch nicht zuletzt sollten bei der angekündigten Schließung der Goethe-Institute in Bordeaux, Lille und des Büros in Straßburg alle Alarmglocken schrillen: Diese erschreckende Entscheidung kommt einer kulturellen Entfremdung der jahrzehntelangen Zusammenarbeit beider Gesellschaften

gleich und stellt einen historischen Widerspruch zur Arbeit von Adenauer und De Gaulle dar. Nach all den Jahren des Fortschritts und der Zusammenarbeit besteht nun mehr als je zuvor die akute Gefahr, bei der deutsch-französischen Freundschaft in eine Selbstverständlichkeit zu verfallen. Und doch ist diese Freundschaft ein kostbares Gut, das gepflegt und verfestigt werden soll. Sie ist das Ergebnis langjähriger Bemühungen um Verständigung, Frieden und Freiheit, und dient als Inspiration für ganz Europa.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass bei diesem einst einwandfrei laufenden deutsch-französischen "Motor" ein Ölwechsel durchgeführt wird. Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht dazu führen, dass wir uns voneinander entzweien oder lähmen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere gemeinsamen Werte und Interessen nicht untergraben oder ignoriert werden. Stattdessen ist es notwendig unsere Freundschaft zu pflegen und zu erneuern, die Zusammenarbeit zu intensivieren sowie gemeinsame Herausforderungen und Chancen anzunehmen und zu nutzen. Denn nur gemeinsam können wir Europa erfolgreich voranbringen. Es ist Ehre und Verpflichtung zugleich, Teil dieser historischen Freundschaft zu sein. Die Bewahrung und Weiterentwicklung der Werte des Élysée-Vertrages liegt in unserer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, für Deutschland, für Frankreich und für ganz Europa.



Florian Mahmud (20)

ist Student der angewandten Politikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Aix-en-Provence. 2021 ist er der FDP sowie den JuLis im Main-Taunus-Kreis beigetreten.

ÜBERTRÄGT DEUTSCHLAND ZU VIELE RECHTE AN DIE EU?

Seit ihrer Gründung im Jahr 1993 hat sich die Europäische Union kontinuierlich weiterentwickelt, ihr Territorium erweitert und ihre Zuständigkeiten ausgebaut. Es gibt fortlaufende Debatten darüber, ob die Befugnisse der Europäischen Union zu weitreichend oder zu begrenzt sind und ob sie erweitert oder eingeschränkt werden sollten.

Ein Beispiel, das die Vorteile einer solchen supranationalen Gesetzgebung verdeutlicht, ist die kürzlich vom Europäischen Rat und Parlament beschlossene Richtlinie zur Einführung eines europaweit einheitlichen Schwerbehindertenausweises. Durch diese Richtlinie werden grenzüberschreitend einheitliche Voraussetzungen für den Erhalt eines solchen Ausweises geschaffen, und die sogenannten „Nachteilsausgleiche“ werden weitgehend harmonisiert. Darüber hinaus entlastet sie die nationalen Behörden, da ein umständliches Anerkennungsverfahren für verschiedene Ausweise anderer EU-Staaten entfällt.

Jedoch entsteht für kleinere oder finanziell schwächere EU-Staaten ein erheblicher Aufwand. Bereits bestehende nationale Systeme müssen gemäß dieser von der EU beschlossenen Richtlinie zwangsläufig auf ein neues EU-weites System umgestellt werden, was möglicherweise die Einziehung und Neuausstellung bereits ausgestellter Ausweise einschließt. Dies stellt eine erhebliche finanzielle und bürokratische Belastung dar.

Ein wesentlicher Kritikpunkt an der Übertragung nationaler Rechte auf die Europäische Union ist die fehlende Transparenz bei der Verabschiedung von EU-Rechtsakten. Diese werden nicht immer in transparenten demokratischen Prozessen beschlossen, sondern durchlaufen erst einmal kom-

plexe bürokratische Organe. Das EU-Parlament, als direkt gewählte Volksvertretung der EU-Bürger, besitzt kein Initiativrecht zur Einbringung eigener Gesetzesentwürfe, da dieses ausschließlich der Europäischen Kommission vorbehalten ist.

Die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Ukraine im Dezember 2023 verdeutlicht das Demokratiedefizit der EU auf eindrucksvolle Weise. Als der ungarische Regierungschef Viktor Orbán von Bundeskanzler Olaf Scholz gebeten wird, den Raum für eine Kaffeepause zu verlassen, entscheidet der Europäische Rat im Konsens und ohne Veto für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Doch um 2:38 Uhr am Folgetag ändert sich die Stimmung erneut: Orbán verweigert seine Zustimmung zu finanziellen Hilfen für die Ukraine, solange von der EU aufgrund von Rechtsstaatsdefiziten gesperrte Gelder für Ungarn nicht freigegeben werden. Entscheidungen, die das Schicksal von rund 450 Millionen Einwohnern bestimmen, werden mit fragwürdigen Taktiken in nächtlichen Sitzungen im kleinen Kreis getroffen, anstatt in voller Transparenz von den direkt gewählten Volksvertretern im Parlament.

Die Frage nach der Übertragung von Rechten von Deutschland auf die Europäische Union ist von komplexen Abwägungen geprägt. Einerseits ermöglichen EU-weite Standardisierungen, wie im Falle des einheitlichen Schwerbehindertenausweises, eine Vereinfachung und Harmonisierung von Prozessen, die den Bürgern und den nationalen Behörden zugutekommen. Dies kann zu einer effizienteren Verwaltung und einem reibungsloseren Funktionieren des Binnenmarktes führen.

Auf der anderen Seite müssen jedoch die finanziellen und bürokratischen Belastungen, insbesondere für kleinere oder finanziell schwächere Mitgliedstaaten, berücksichtigt werden. Die Umstellung auf EU-weite Standards, wie auch am Beispiel der EU-Richtlinie „Tethered Caps“, die eine feste Verbindung von Deckeln auf PET-Flaschen erforderlich macht, erfordert oft erhebliche Ressourcen und kann zu zusätzlichen Kosten führen, die von Unternehmen oder den nationalen Regierungen getragen werden müssen. Solche Belastungen könnten die Fähigkeit der Mitgliedstaaten beeinträchtigen, auf lokale Bedürfnisse und Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Der wichtigste Aspekt ist jedoch das Demokratiedefizit innerhalb der EU-Institutionen. Die Entscheidungsprozesse in der EU sind oft von einer mangelnden Transparenz geprägt, was es den Bürgern erschwert, die Entscheidungen nachzuvollziehen. Ein perfektes Beispiel ist die bereits genannte EU-Richtlinie „Tethered Caps“. Beim Kauf einer PET-Flasche namhafter Hersteller fällt – teils positiv, oft jedoch auch störend – auf, dass die Deckel seit einiger Zeit fest mit der Flasche verbunden sind. Einigen Käufern ist dabei eventuell sogar noch bekannt, dass dies aufgrund einer

EU-Richtlinie der Fall ist. Den wenigsten ist jedoch bewusst, wie eine solche Richtlinie zustande kommt, und welche Hintergründe sie hat. Insbesondere die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, wie im Beispiel mit Viktor Orbán dargestellt, zeigt, dass wichtige Entscheidungen oft hinter verschlossenen Türen getroffen werden, ohne ausreichende Beteiligung der direkt gewählten Volksvertreter im Parlament, denen noch immer ein Initiativrecht fehlt.

Um eine Übertragung weiterer Kompetenzen auf Organe der Europäischen Union zu rechtfertigen, sollte daher zunächst grundlegend der Gesetzgebungsprozess reformiert und demokratisiert werden. Auch sollte eine Berücksichtigung und Einbeziehung lokaler, regionaler und nationaler Interessen sichergestellt bleiben. Letztlich gelingt eine europäische Integration jedoch nur, wenn alle Mitgliedsstaaten bereit sind, an dieser mitzuwirken. Wenn Entscheidungen während spontaner Kaffeepausen einzelner Mitgliedsländer getroffen werden, kann keine weitere Übertragung nationaler Kompetenzen auf die Europäische Union gerechtfertigt werden.



Marvin Schopf (18)

ist 18 Jahre alt und seit 2021 Mitglied der Jungen Liberalen, wo er derzeit Beisitzer bei den JuLis Main-Taunus ist. Er besucht die Q2 der Eichendorffschule Kelkheim.



BÜROKRATIE BREMST UNS AUS

Die Bürokratie in der Europäischen Union (EU) ist ein Dauerthema, das nicht nur Politiker und Experten beschäftigt, sondern auch Unternehmen und Bürger betrifft. Die EU-Gesetzgebung hat oft weitreichende Auswirkungen auf Unternehmen im Binnenmarkt, deren Folgen jedoch nicht immer ausreichend im Voraus abgeschätzt werden. Dies führt zu unvorhersehbaren Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den allgemeinen Wohlstand in Europa.

Eine jüngste Veröffentlichung der EU-Kommission, der „annual burden survey“, bezifferte erstmals die Belastungen und Entlastungen durch neue EU-Gesetze. Laut dem Bericht wurden Unternehmen und Bürger unter dem Strich um 7,3 Milliarden Euro entlastet, was die Behörde selbst als Übererfüllung der „One in, one out“-Regel feiert. Doch wie aussagekräftig sind diese Zahlen wirklich?

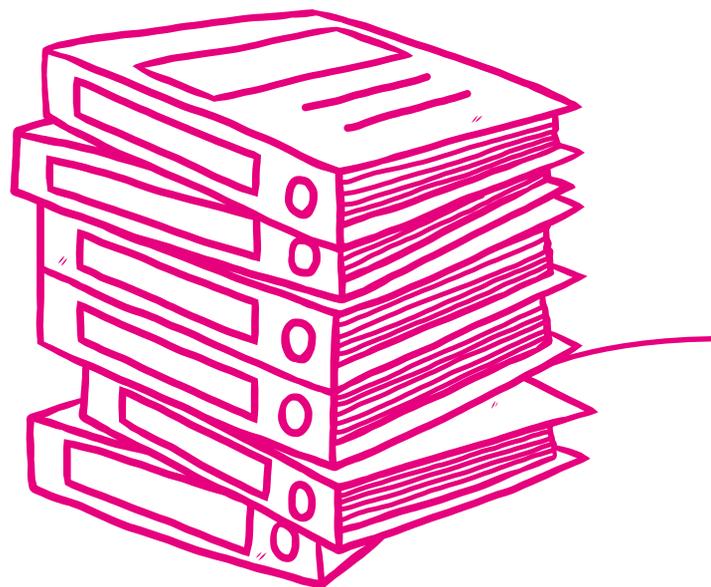
Eine genaue Analyse des Berichts offenbart, dass die Nettoentlastung in den meisten Politikbereichen erreicht wurde, mit Ausnahme des „Green Deals“, der zusätzliche Kosten in Höhe von zwei Milliarden Euro verursachte. Insbesondere die Verpackungsrichtlinie trug mit 1,3 Milliarden Euro zu den Belastungen bei, was sie zur größten Einzelbelastung in diesem Jahr machte.

Zweifel an den Zahlen sind jedoch angebracht: Initiativen wie das Lieferkettengesetz, die neue Berichtspflichten für Unternehmen mit sich bringen, sind in dem Jahresbericht mit null Euro Bürokratiekosten aufgeführt. Die Kommission verteidigt ihre Null-Euro-Angaben damit, dass keine neuen Berichtspflichten für Unternehmen entstehen oder die

zusätzlichen Kosten nur bei Ämtern anfallen würden. Doch diese Erklärungen kann uns nicht überzeugen.

Eine saubere Datengrundlage ist entscheidend für eine vernünftige Diskussion über Bürokratielasten. Es ist wichtig zu betonen, dass die Zahlen der Kommission nur Schätzungen sind und die tatsächlichen Kosten von der Umsetzung der Gesetze abhängen.

Die Gesamt-Diskussion verdeutlicht aber auch die Komplexität und Herausforderungen bei der Bewertung der Bürokratiebelastung in der EU. Eine transparente und umfassende Datengrundlage sowie eine ehrliche Betrachtung der Gesamtkosten sind entscheidend für eine effektive Reduzierung der Bürokratie und die Stärkung der europäischen Wirtschaft. Doch wie kann diesen Herausforderungen begegnet werden?



Eine mögliche Lösung besteht in grundlegenden Veränderungen im EU-Gesetzgebungsprozess. Der Fokus sollte von einer einseitigen Neuregelung auf eine umfassendere Betrachtung von Alternativen gelenkt werden. Dies könnte durch eine verstärkte Nutzung nicht-legislativer Initiativen sowie durch die Einbeziehung fachlich zuständiger EU-Verwaltungskommissionen erfolgen. Das Subsidiaritätsprinzip sollte konsequent angewendet werden, um sicherzustellen, dass EU-Interventionen nur dann erfolgen, wenn sie auf nationaler Ebene nicht zielführend sind.

Auch verstärkte Kontrolle und Überprüfung von Gesetzesvorschlägen durch das Regulatory Scrutiny Board ist dringend nötig. Dieser Ausschuss spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der Folgenabschätzungen der Kommission und sollte stärker in den Gesetzgebungsprozess integriert werden.

Das gerade uns Liberalen sehr am Herzen liegende „One in, one out“-Prinzip muss konsequent angewandt werden, um sicherzustellen, dass neue Regulierungen nicht zu einer Zunahme der Bürokratie führen. Dazu ist eine regelmäßige Evaluierung und Überprüfung bestehender Gesetze erforderlich, um unnötige Belastungen abzubauen.

Fallbeispiele zeigen, wie bestimmte Gesetzesvorschläge zu zusätzlichen Belastungen für Unternehmen führen können, insbesondere in Bereichen wie Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lohntransparenz und Plattformarbeit. Diese Beispiele verdeutlichen die Notwendigkeit einer gründlichen Überarbeitung des Gesetzgebungsprozesses und einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten, um die Bürokratie zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken.

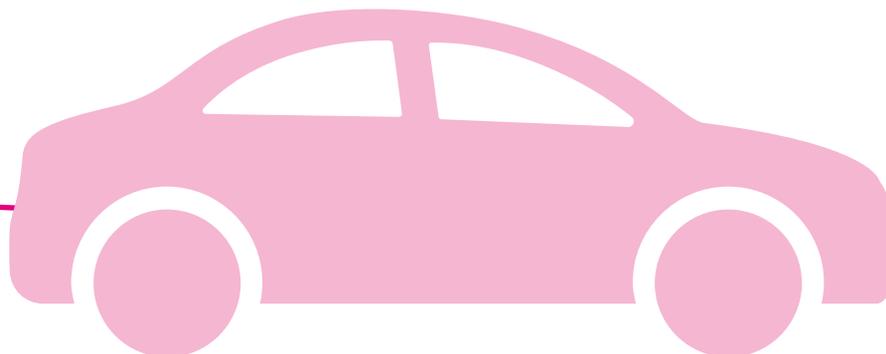
Insgesamt erfordert die Reduzierung der Bürokratie in der EU einen ganzheitlichen Ansatz, der auf eine bessere Abwägung von Alternativen, eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und eine verstärkte Kontrolle und Überprüfung von Gesetzesvorschlägen abzielt. Nur durch solche Maßnahmen kann die EU ihre Wirtschaft stärken und gleichzeitig die Bedürfnisse ihrer Bürger und Unternehmen angemessen berücksichtigen.

Bürokratieabbau ist schlussendlich Aufgabe aller politischen Ebenen. Da ist es egal ob man über die eigene Kommune, das Bundesland, den Bund oder die EU spricht. Bürokratie lähmt unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Treten wir dem endlich entgegen!



Tim Hordorff (31)

ist Landesvorsitzender der JuLis Hessen und arbeitet als Referent für Wirtschaftspolitik beim Hessischen Industrie- und Handelskammertag. Zusätzlich sitzt er im Kreistag des Hochtaunuskreises und ist Stadtverordneter der Stadt Bad Homburg.



STREITBAR IN EUROPA – **DAS WAR DER EUROPAPARTEITAG 2024**

Die Zeiten waren für uns Liberale schon mal leichter. Das haben wir mit der EU gemein. Innenpolitische Krisen, globale Konflikte und ein Erstarren der extremen Ränder bedrohen unsere Freiheit und Demokratie.

Vielleicht sind gerade deshalb die etwa 660 Delegierten aus ganz Deutschland sowie zahlreichen Gäste am Sonntag, dem 18. Januar 2024, voller Motivation, Tatendrang und Zuversicht in Berlin zusammengekommen. Anlass für den Parteitag in der Hauptstadt war schließlich die anstehende Europawahl am 09. Juni 2024. Es sollte über das Wahlprogramm und die Kandidaten zur Europawahl entschieden werden.

Unser Programm – Europa. Einfach. Machen.

Mit einem gerade einmal 21 Seiten umfassenden Programm haben wir sinnvolle Schwerpunkte gesetzt und die blumige Prosa ausgespart, mit der wir noch fünf Jahre zuvor unsere Forderungen auf knapp 70 Seiten ausgedehnt hatten. Unser Fokus liegt auf einem wettbewerbsfähigen Europa, das Wohlstand sichert, Chancen schafft und für Frieden einsteht. Wir fordern eine Bildungsfreizügigkeit und die Angleichung von Semester- und Prüfungszeiten in der EU. Erasmus+, ein europäischer Freiwilligendienst und die Bekämpfung der Inflation sind nur ein paar wenige der vielen Punkte, die gerade für uns junge Menschen von besonderer Relevanz sind. Das gesamte Wahlprogramm findet ihr hier: fdp.de/europa-einfach-machen

Kandidaten - Mit unserer Eurofighterin MASZ an der Spitze nach Brüssel

„Das große Ziel ist die Förderung des Friedens“, sagte Marie-Agnes Strack-Zimmermann (MASZ) in ihrer Rede zur Bewerbung um die Spitzenkandidatur zur Europawahl. Sie plädierte für eine mutige Außen- und Sicherheitspolitik, für weniger Bürokratie und machte klar: „Wir brauchen weniger von der Leyen und mehr von der Freiheit. Die Populisten von rechts und links wollen nach Europa, um es von innen heraus zu zerstören. Das dürfen wir nicht zulassen, das werde ich nicht zulassen!“ Das sicherte ihr Standing Ovation und 90% der Delegiertenstimmen. Svenja Hahn, ehemalige JuLi

Spitzenkandidatin, folgte mit 89% auf Platz 2

Auf Platz 6 konnte sich unsere hessische Spitzenkandidatin Isabel Schnitzler mit 78% gegen die Bundestagsabgeordnete Sandra Weeser aus Rheinland-Pfalz durchsetzen und gleich auf Platz 7 wurde unser JuLi-Spitzenkandidat Phil Hackemann gewählt.

Aktion der JuLis – Dein Geld? Deine Sache!

Traditionsgemäß gab es natürlich auch eine schöne Aktion der Jungen Liberalen. Diesmal zum Thema Geld. Wir treten ein für ein Europa, das private Altersvorsorge stärkt, statt Payment for Order Flow zu verbieten. Wir setzen uns für mehr Gelassenheit, statt Bargeldobergrenzen aus. Wir treten für ein liberales Europa ein, statt eines bevormundenden Bürokratiemonsters.

Neben uns JuLis waren auch zahlreiche weitere Vorfeldorganisationen und solche, die es noch werden wollen vertreten; die Liberalen Biker, die Liberalen Kommunalpolitiker, die Liberalen Frauen, die Liberale Vielfalt und viele mehr.

Der Europaparteitag ist letztlich wie ein Familientreffen: Große Wiedersehensfreude gepaart mit hitzigen Diskussionen, jeder Menge Herzlichkeit und etwas Klatsch und Tratsch. Wir freuen uns aufs nächste Mal!



Isabel Schnitzler (33)

ist Rechtsanwältin und Mitglied im hessischen Landesvorstand der FDP. Sie ist Stadtverordnete in Frankfurt am Main und Kandidatin für das Europäische Parlament.



HOW TO...

WAHLKAMPFSTAND

Ihr wollt gerade jetzt zur Europawahl bei euch vor Ort einen eigenen Wahlkampfstand machen, habt aber keine Ahnung, was man alles beachten muss?

Das kenne ich nur zu gut.

Einen Wahlkampfstand zu organisieren ist oftmals mit viel Bürokratie verbunden und die Anfrage variiert teilweise von Ort zu Ort. Daher ist es echt wichtig, sich rechtzeitig zu informieren, damit alles klappt.

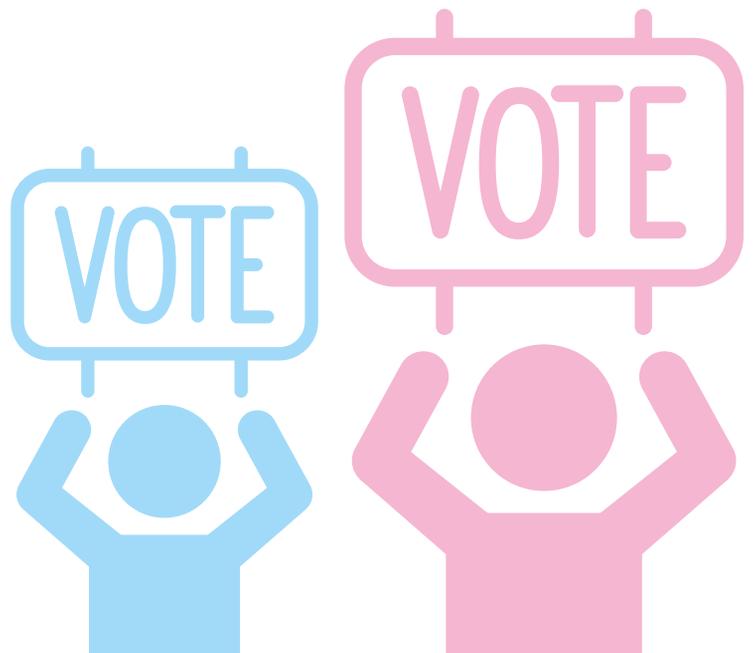
Was gilt es zu beachten?

1. Wahlkampfstände sind genehmigungsfähig: Ihr dürft euch leider nicht einfach in eure Fußgängerzone stellen.
2. Informiert euch, wo ihr die Genehmigung für den Stand anfordern müsst. Sicher ist sicher, einfach das Ordnungsamt anrufen oder anschreiben.
3. Bei der Genehmigung den genauen Standort, das Zeitfenster und die Größe des Standes angeben.
4. Direkt mehrere Stände (bspw. Jeden Samstag für 4 Wochen) genehmigen lassen.
5. Genug Werbematerialien (vor allem Flyer) haben, um die Leute anzulocken und in Erinnerung zu bleiben.
6. Aufmerksamkeit erzeugen: überlegt euch Banner oder Aktionen, die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Zusätzlich ist es wichtig, ein Team zusammenzustellen, das am Stand für Fragen und Diskussionen zur Verfügung steht. Allerdings solltet ihr auch nicht mit zu vielen Leuten am Stand stehen, da euch Menschen sonst eher nicht ansprechen.

Stellt sicher, dass ihr auch auf unvorhergesehene Wetterbedingungen vorbereitet seid und gegebenenfalls einen Plan B habt.

Denkt daran, dass die persönliche Interaktion am Wahlkampfstand eine hervorragende Gelegenheit bietet und es noch weitere Möglichkeiten dazu gibt. Aber vor allem: Habt Spaß dabei – das fällt Passanten immer positiv auf :).



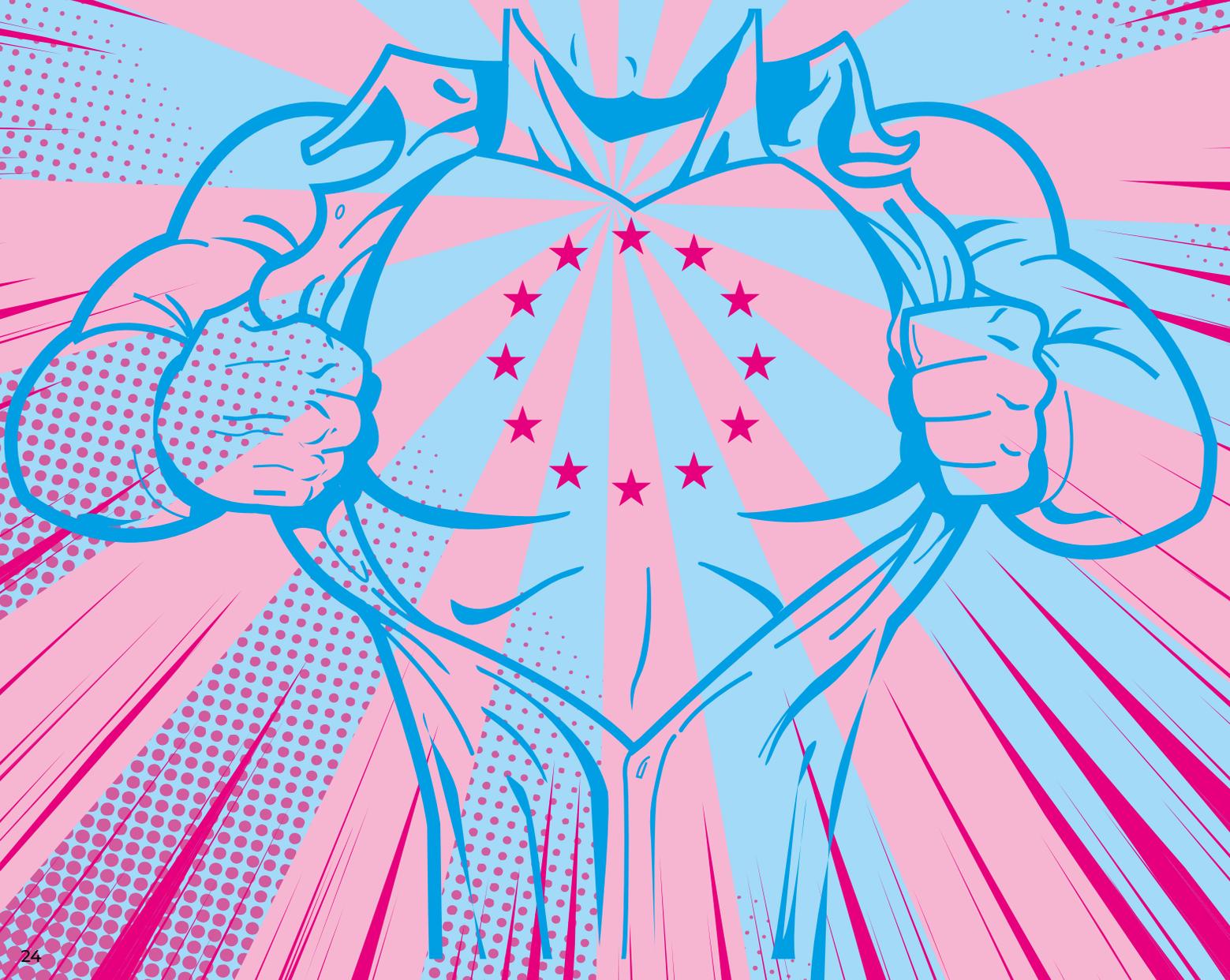
**WIR SIND
STARTKLAR FÜR DEN
EUROPAWAHLKAMPF**

**SOCIAL MEDIA
VORLAGEN FÜR DIE
EUROPAWAHL!**



I ♥ EUROPE
www.julis-hessen.de

UNSERE JULI EUROPAWAHL KANDIDATEN





ISABEL SCHNITZLER

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Isabel Schnitzler, 33 Jahre alt und Rechtsanwältin. Ich bin unter anderem Mitglied im hessischen Landesvorstand der FDP und Stadtverordnete in Frankfurt am Main.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

In Brüssel werden so viele Entscheidungen getroffen, die unser tägliches Leben vor Ort beeinflussen. Da möchte ich gerne Verantwortung übernehmen und die liberalen Werte vertreten.

Was wünschst du dir für Europa?

Für Europa wünsche ich mir, dass es einfacher wird. Dass wir eine bessere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik haben und künftig wieder mehr den Fokus auf wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt nur ökologische Nachhaltigkeit setzen.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Fachkräftemigration – darauf sind wir in der EU angewiesen, wenn wir auch künftig wettbewerbsfähig bleiben wollen. Damit einher geht wirtschaftlicher Wachstum und Sicherung von Wohlstand. Darauf müssen wir uns in den kommenden Jahren dringend konzentrieren.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Indem wir die Prozesse in der EU vereinfachen und besser kommunizieren. Häufig ist uns nicht bewusst, wie essentiell die politischen Entscheidungen für uns vor Ort sind – insbesondere für junge Menschen, die auch in 40 oder 50 Jahren noch arbeiten und an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der EU beteiligt sind.



AJEET AHMAD

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Mein Name ist Ajeet, ich bin 21 Jahre alt und bin Beisitzer im Landesvorstand. Seit zwei Jahren engagiere ich mich aktiv in der Politik, was mir große Freude bereitet.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

Meine Hauptmotivation ist es, im Kreis Groß Gerau als direkter Ansprechpartner für europäische Belange zu fungieren und die liberale, europäische Flagge vor Ort hochzuhalten.

Was wünschst du dir für Europa?

Ich wünsche mir ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Dazu gehört auch, dass sich Europa weniger mit übermäßiger Bürokratie und Maßnahmen wie der Chatkontrolle beschäftigt und sich den Menschen bedeutenderen Themen annimmt.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Der Schwerpunkt meines Wahlkampfs ist der liberale Einfluss in der EU. Ich möchte deutlich machen, welchen Unterschied wir als Liberale in Europa bewirken können und wie wir die EU verbessern möchten. Besonders am Herzen liegt mir die Digitalpolitik, da diese zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Ich möchte als junger Ansprechpartner aktiv auf junge Menschen zuzugehen, um ihr Interesse an Europa zu wecken. Ich glaube, dass die geringe Beteiligung junger Menschen oft auf mangelndes Wissen über die EU zurückzuführen ist, und möchte dies (zumindest vor Ort) ein Stück weit ändern.



PHILIPP KRATZER

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Mein Name ist Philipp Kratzer, ich bin 32 Jahre alt und komme aus Fulda. Zurzeit arbeite ich als Richter und kandidiere zum zweiten Mal für das Europäische Parlament. Aktiv bin noch im Landesvorstand der FDP Hessen und als Gemeindevertreter.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

Viele Entscheidungen, die unseren Wohlstand und Innovationsfähigkeit bestimmen, trifft mittlerweile die EU. Leider bemerken wir oft zu spät, dass in Brüssel Entscheidungen getroffen wurden, die unsere Freiheit empfindlich beschränken. Im Europäischen Parlament kann früh auf solche kollektivistischen und bevormundenden Initiativen reagiert werden.

Was wünschst du dir für Europa?

Ich wünsche mir eine Rückbesinnung auf die Grundfreiheiten in der EU, die dieses Projekt im letzten Jahrhundert so erfolgreich gemacht hat. Ziel muss es stets sein, den freien Verkehr von Waren, Kapital, Personen, Arbeitnehmern und Gründern zu erleichtern und zu fördern. Die EU versprach Unternehmern und Arbeitern die nötige Freiheit, um ihre Wünsche und Ziele auf einem ganzen Kontinent zu verfolgen. Heute lässt die EU immer häufiger solche Wünsche platzen.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Ich will, dass die EU unseren Unternehmen und allen Menschen, die ehrgeizig sind und Ideen haben, Flügel verleiht. Die EU sollte der Antrieb für Wohlstand sein und keine moralische Instanz, die vorgibt, vieles besser zu wissen.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Wir vertreten die Interessen junger Menschen in der EU am besten, indem wir sie ins Europaparlament wählen.



LEONIE SCHIKORA

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Ich bin Leonie Schikora und ich bin stellv. Vorsitzende in Gießen (Stadt) und ehrenamtliche Stadträtin.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

Die Europäische Union hat meiner Generation so viele Möglichkeiten geschenkt, abgesehen vom anhaltenden Frieden hat mich persönlich die Reisefreiheit und das relativ unkomplizierte Länder übergreifende Studieren fasziniert. Die EU ist die beste Idee die Europa je hatte und ich möchte dazu beitragen sie noch besser zu machen.

Was wünschst du dir für Europa?

Weniger Bürokratie! Dass man sich wieder auf die Menschen in der EU fokussiert und nicht darauf wie ein Gemüse auszusehen hat. Weniger Bürokratie und einfachere Vorgänge würden vielleicht auch dazu führen, dass die Menschen sich wieder mehr für den europäischen Gedanken erwärmen könnten weil er leichter verständlich wäre.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Als jahrelange Leiterin des LAK Internationales, Verteidigung und Weltraum liegt mir die Verteidigungspolitik mittlerweile sehr am Herzen. Das Bündnis in dem wir leben bietet so viele Chancen von einander zu lernen und miteinander zu wachsen, warum nicht auch in Sachen Verteidigung. Der Gedanke einer gemeinsamen europäischen Armee klingt für mich nachwievord erstrebenswert. Und den Weltraum sollte man auch nicht unbeachtet lassen und mal wieder zeigen was die esa so kann, was ja gerade für uns Hessen toll wäre.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Ich möchte zeigen, dass die EU mehr als Bürokratie, Vorschriften und Fehlentscheidungen ist. Durch das Interrail Ticket und das Erasmus Programm profitieren junge Menschen von diesem Staatenbündnis. In dem wir die positiven Aspekte hervorheben, ausbauen und darüber kommunizieren, gleichzeitig die negativen Aspekte minimieren und klarmachen was der Friedens und die Freiheit innerhalb der EU für jeden Einzelnen von uns bedeutet. Viele vergessen, dass vor 35 Jahren noch eine Grenze durch Deutschland verlief und Osteuropa gefühlt weiter weg war als der Mond.



YANNIK HAFENEGER

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Mein Name ist Yannik Hafenecker, ich bin 21 Jahre alt und Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Limburg-Weilburg.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

Ich bin davon überzeugt, dass sich viele Probleme in unserem Land nur auf europäischer Ebene lösen lassen. Ich glaube aber auch, dass das noch nicht überall in unserer Gesellschaft angekommen ist. Ich möchte versuchen, im Wahlkampf bei den Menschen ein breiteres Bewusstsein für europäische Themen zu schaffen.

Was wünschst du dir für Europa?

Weniger Bürokratie, mehr Beteiligung vom Parlament, die Einsicht, dass sich die Flüchtlingsproblematik nur europäisch lösen lässt und dass manche Mitgliedsstaaten der EU endlich ihrer Verantwortung gerecht werden.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Ich möchte dafür werben, dass die Strukturen in der EU transparenter und einfacher werden. Das Parlament muss gestärkt werden und endlich mit Initiativrecht ausgestattet werden. Ich möchte den Menschen näherbringen, dass eine europäische Lösung die beste Lösung für die Flüchtlingskrise ist.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Besonders junge Menschen, die mit den Vorzügen der EU aufgewachsen sind, können eine starke Stimme bei der Gestaltung der EU sein. Dafür müssen wir aber deren Interesse stärken und besser informieren. Der Wahlkampf bietet eine gute Plattform dafür. EU beteiligt sind.



DIMITRIOS KLADOVASILAKIS

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Ich bin Dimi, 27 Jahre alt, Wahloffenbacher und hier auch als Regionalvorsitzender der Jungen Liberalen und als Europabeauftragter der FDP unterwegs.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

Europa liegt mir am Herzen!

Wir profitieren alle unglaublich durch die Europäische Union, sei es durch die Freizügigkeit, den großen Binnenmarkt oder etwas für uns so selbstverständlichem wie Frieden. In den letzten Jahren zeigt sich jedoch immer deutlicher, die EU und die Gegebenheiten die wir als Junge Menschen vorgefunden haben sind nicht selbstverständlich. Wenn wir möchten, dass auch kommende Generationen die EU als „Lebensgefühl“ und „Werteunion“ kennelernen, müssen wir die Institution EU reformieren. Besonders wichtig ist mir hierbei ein liberaler Stempel.

Was wünschst du dir für Europa?

Ich wünsche mir für Europa, dass die Ränder nicht weiter erstarken, dass die Europäische Union sich auf ihre Kernaufgaben zurückbesinnt und lieber dafür sorgt, dass Unternehmen wie BioNtech in der Union an die Börse gehen und kein Europa welches lieber reglementiert, ob ich den Deckel meiner Cola abschrauben darf oder nicht. Vor allem wünsche ich mir aber, dass Europa weiterhin zu seinen freiheitlichen Werten steht – Europa ist bunt, Europa ist vielfältig, Europa ist demokratisch – das soll so bleiben.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen, sei es der Angriffskrieg auf die Ukraine, das erstarken Rechter Populisten oder die nach wie vor nicht regulierte Migration. Diese Herausforderung und alle künftigen Herausforderungen kann die EU nur meistern, wenn Sie schlagfertiger wird. Für mich zählt da vor allem eine Verschlankung der Institution dazu, damit verbunden einen starken Abbau der Bürokratie, eine gelebte Kapitalmarktunion, die die Investitionen für Bürger und Unternehmen vereinfacht sowie eine gemeinsame, klare Linie in Sachen Migrationspolitik.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Die Reform der EU ist eine Angelegenheit, die gerade uns junge Menschen antreiben muss! Es ist in unserem Interesse die EU auf solide Beine zu stellen, damit wir in einigen Jahrzehnten als dann nicht mehr so junge Menschen auch nach wie vor von der EU profitieren können, dazu zählt auch Transparenz, damit jeder Unionsbürger verstehen kann, wer da was eigentlich wie genau beschließt. Eine EU in denen die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich stark darstehen, bietet darüber hinaus gute Aussichten für alle jungen Menschen – Dass ist mir besonders wichtig.



DENNIS RUHWEDEL

Wer bist du und was ist deine Funktion in der Politik?

Mein Name ist Dennis Ruhwedel. Ich bin 18 Jahre alt, komme aus Waldeck-Frankenberg (Bad Wildungen) und bin der Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen in unserem Kreis und außerdem kooptiertes Kreisvorstandsmitglied der FDP Waldeck-Frankenberg.

Was hat dich dazu motiviert für die Europawahl zu kandidieren?

Die EU ist nur dann zukunftsfähig, wenn junge Menschen sie prägen und das ist mein Ziel.

Was wünschst du dir für Europa?

Ich wünsche mir eine europäische Zusammenarbeit, deren direkter Nutzen für alle Europäer sichtbar wird und die geschätzt wird, sodass sie auch in Zukunft weiterwachsen kann.

Was ist dein wichtigstes Thema, das du im Wahlkampf kommunizieren wirst, und welche Europa-Themen liegen dir ganz besonders am Herzen?

Deutschland verdankt dem europäischen Binnenmarkt viel wirtschaftliches Wachstum. Allerdings verliert die EU sich sukzessiv in Regularien, die Wirtschaft und Wohlstand hemmen. Es braucht Reformen. Auch das Thema Migration und Zuwanderung in den europäischen Arbeitsmarkt bedarf einer liberalen Handschrift.

Wie möchtest du die Interessen junger Menschen vertreten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen in der EU fördern?

Die EU und ihre komplexe Struktur muss in Lehrplänen präsenter sein, denn nur so kann Partizipation entstehen. Es bedarf mehr Europa vor Ort zum Beispiel durch Schulaktionen o.Ä. Als junger Kandidat teile ich die Perspektive vieler junger Menschen.

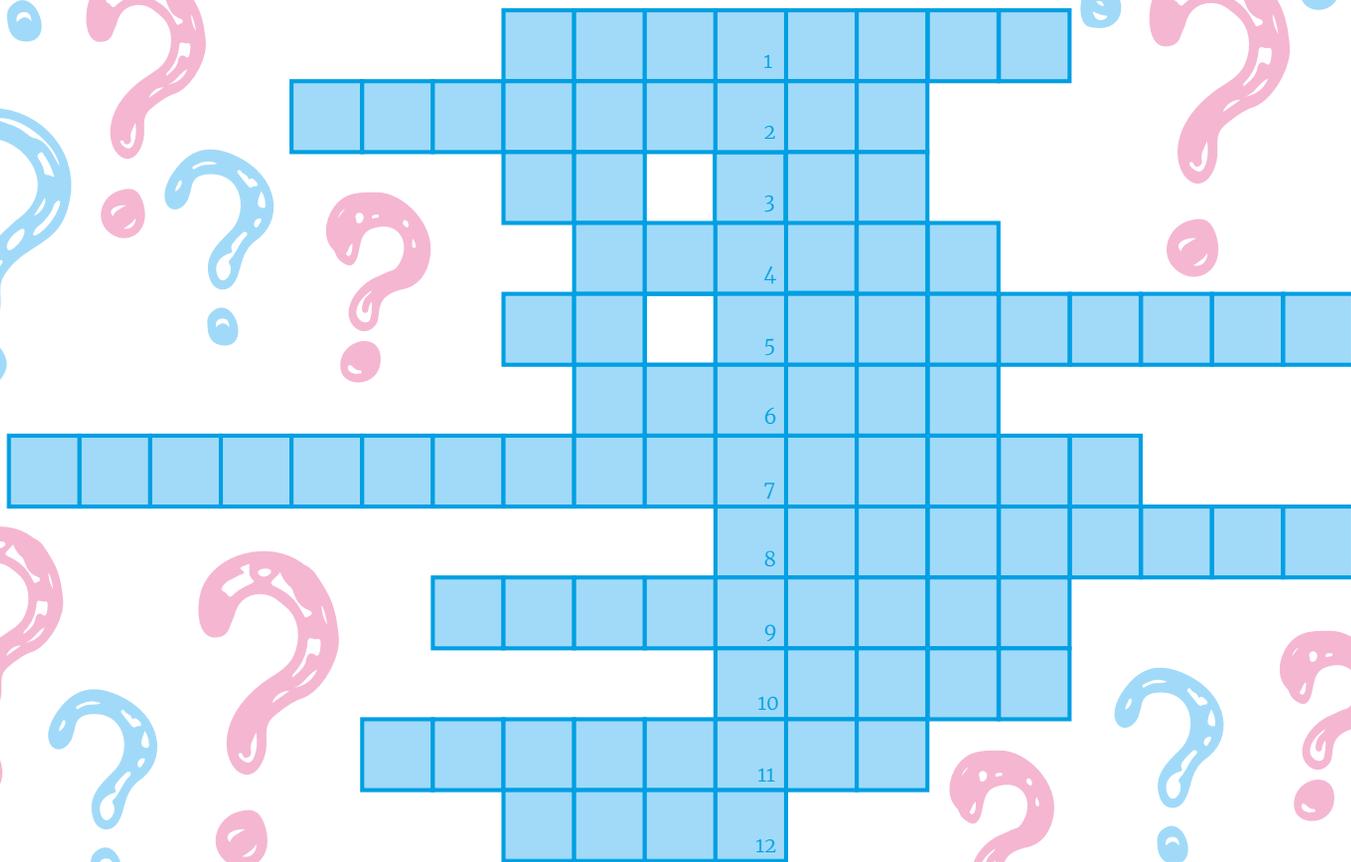
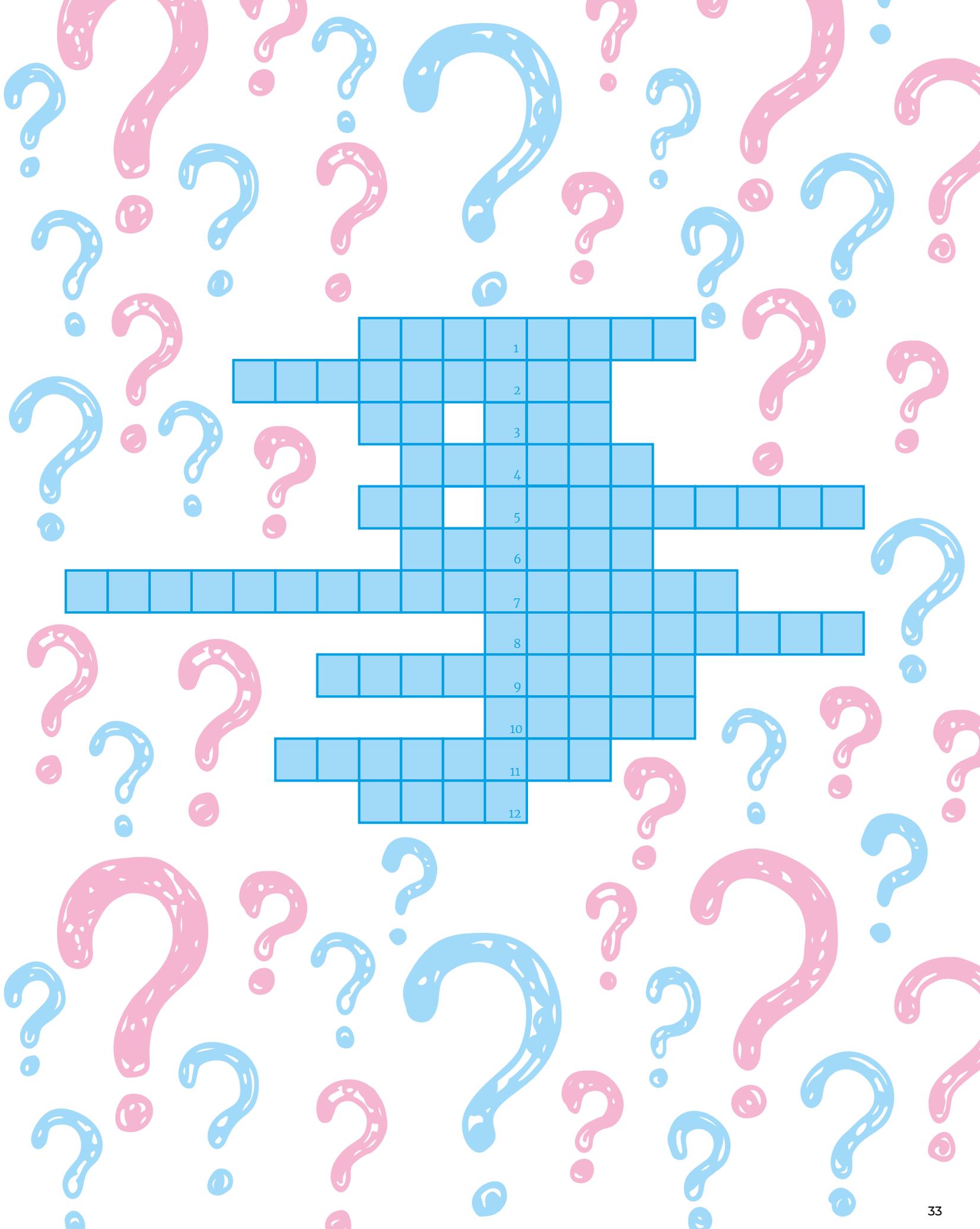
QUIZ ZU EUROPA MIT GEWINN

WIR HABEN FÜR EUCH EIN KLEINES QUIZ VORBEREITET: 12 KURZE FRAGEN ZU EUROPA. UND? WISST IHR ALLE?

1. Wo befindet sich der Sitz der Europäischen Kommission?
2. Wo hat die Europäische Zentralbank ihren Standort?
3. Wie heißt das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU?
4. Wie viele Sterne zieren die Europäische Flagge?
5. Was ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union?
6. Wer ist die hessische FDP-Spitzenkandidatin für die Europawahl? (Vorname)
7. Wie viele Mitgliedsstaaten zählt die Europäische Union?
8. Woher kommt der Name Europa?
9. Auf wen geht die Europahymne zurück?
10. Wie heißt die Europäische Dachorganisation der JuLis?
11. Ab welchem Alter ist man wahlberechtigt für die Europawahl?
12. Gibt es eine 5-Prozentklausel bei der Europawahl?

Scannt den QR-Code und schickt uns euer Lösungswort! Auf euch wartet beim nächsten Landeskongress ein besonderer Gewinn!









81. Landes- kongress in Weilburg

Unter dem Motto „Neustart in Hessen“ hat am 16./17.11.2023 der 81. Landeskongress der Jungen Liberalen Hessen in Weilburg stattgefunden. Geprägt war das Wochenende einerseits durch die vergangene Landtagswahl und andererseits durch die anstehenden Landesvorstandswahlen.

Nach dem intensiven Landtagswahlkampf lag der Fokus nun auf der Analyse des Ergebnisses – unter anderem war Stefan Naas als Spitzenkandidat zum konstruktiven Austausch vor Ort.

Am Samstag hat sich außerdem der Landesvorstand personell neu aufgestellt. Als neuer Landesvorsitzender wurde Tim Hordorff gewählt. Während Viola Gebek und Yves Roth als Stellvertreter in ihren Ämtern bestätigt wurden, komplettierten mit Ole Wilkening und Julius Ulowetz zwei neue Stellvertreter das Präsidium. Als Beisitzer wurden Charlotte Büger, Caroline Scherb, Ajeet Ahmad, Leon Seiß, Elias Grundler und Tom Kewald gewählt.

Trotz der umfangreichen Wahlen und der Aussprache zum Landtagswahlkampf kam auch die programmatische Arbeit nicht zu kurz: Wir konnten unter anderem wichtige Beschlüsse zu den Themen Migration, Antisemitismus und Chancengerechtigkeit fassen, insgesamt konnten 15 Anträge angenommen werden!

Ein ereignisreiches Wochenende, das zeigt, wie engagiert und motiviert die JuLis Hessen sind!





Landes- parteitag in Wetzlar

Gleich zwei Wochen nach unserem 81. Landeskongress fand der Landesparteitag der FDP Hessen in Wetzlar statt.

Auch dieser Tag war geprägt von der vergangenen Landtagswahl: Wir JuLis konnten uns ausführlich und konstruktiv in die Aussprache einbringen.

Das Highlight des Tages war allerdings die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Europawahl. Hierbei wurde Isabel Schnitzler als hessische Spitzenkandidatin für Europa mit einem starken Ergebnis ausgestattet – der Fokus liegt somit klar auf dem kommenden Wahlkampf für ein liberales und modernes Europa!

Darüber hinaus konnten wir uns zahlreich in die Antragsdebatte einbringen und zeigen, dass wir JuLis unsere Positionen konstruktiv, aber deutlich einbringen und durchsetzen können.



Unsere Aktion zur Entlastung der Kommunen

Das berstende Haus, das nur noch notdürftig mit Pflastern zusammengehalten wird. Mit dieser JuLi-Aktion zum Landesparteitag haben wir auf die Überlastung der hessischen Kommunen in der Migrationskrise aufmerksam gemacht. Das Land lässt die Kommunen mit viel Aufgaben und wenig Geld im Regen stehen. So rechnet man sich den Landeshaushalt natürlich auch schön, liebe CDU!

Aber auch ohne in die eigenen Taschen zu greifen, könnte das Land Maßnahmen ergreifen, es muss nur aus dem Weg gehen und Menschen vor Ort ihren Job machen lassen. Es fehlt zum Beispiel an Flüchtlingsunterkünften. Hier muss die Landesregierung die übertriebenen Regularien für den Wohnungsbau abschaffen und die Kommunen bei der Flächenausweisung unterstützen.

Den gesamten Beschluss zur Entlastung der Kommunen findest du auf unserer Website:





Am Karfreitag haben wir Jungen Liberalen Hessen vor dem hessischen Landtag mit einer Aktion die Abschaffung des Tanzverbots am Karfreitag gefordert und uns damit für mehr Freiheit und Selbstbestimmung in der Gesellschaft stark gemacht. Bereits in den Tagen davor hatte die Presse großes Interesse an unseren Positionen gezeigt, sodass wir in zahlreichen Medien, wie der FAZ, Welt, Frankfurter Rundschau und co. zu sehen und zu lesen waren.

Das Tanzverbot am Karfreitag stellt für viele Menschen eine Einschränkung ihrer Freiheit dar. Wir kämpfen daher schon seit vielen Jahren gegen diese Beschränkung. Unser Landesvorsitzender Tim erklärte an diesem Freitag der Presse: „Das Tanzverbot ist ein Relikt der Vergangenheit. Seither hat sich unsere Gesellschaft verändert. Sie ist vielfältiger

und offener geworden. Es passt nicht in eine liberale, säkulare Gesellschaft, dass es weiterhin sogenannte stille Feiertage gibt, an denen die gesamte Gesellschaft sich aufgrund christlicher Gewohnheiten und Rituale einschränken muss. Diesen Veränderungen darf sich auch die hessische Landesregierung nicht länger verwehren. Das Tanzverbot muss endlich vollständig fallen.“

In kaum einem Bundesland ist das Tanzverbot an den stillen Feiertagen zu Ostern so restriktiv wie in Hessen. Das Verbot öffentlicher Tanzveranstaltungen beginnt bereits am Gründonnerstag, umfasst sowohl Karfreitag als auch den Karsamstag und endet mit Unterbrechung erst am Ostermontag.

Insgesamt kamen rund 30 JuLis, um gemeinsam zu zeigen, dass das Tanzverbot nicht in dieses Jahrhundert gehört. Im Anschluss wurde der Tag noch in der Landesgeschäftsstelle gemütlich ausgeklungen und der Bericht in der hessenschau über die Aktion geschaut!



Hier findet ihr einige Eindrücke unserer Aktion:



BACK TO BASICS

LIBERALISMUS

Wie entsteht Freiheit?

Diese Frage haben sich John Locke und einige andere liberale Denker auch gestellt. Zur Beantwortung griffen sie auf die Vorstellung des Naturzustandes zurück. Also den Zustand der ersten Menschen in einer wilden und unbearbeiteten Natur. Oder anders gesagt, einen Zustand der absoluten Freiheit von Zwängen, Gewalt und Vorschriften. Damit ist Freiheit ein universelles Naturrecht und in diesem Verständnis ein Abwehrrecht gegenüber Institutionen und anderen Individuen.

Was ist eigentlich negative Freiheit ?

Genauso wie Freiheit im oberen Absatz definiert wird, wird negative Freiheit auch im politikwissenschaftlichen Diskurs verstanden. Naturrecht meint, dass Menschen frei von äußeren Zwängen sind und ihre individuellen Ziele und Wünsche frei verfolgen können. Abwehrrecht bedeutet, dass Menschen frei sind, ihre Handlungen auszuwählen, ohne von anderen oder von staatlichen Institutionen dabei behindert zu werden. Um dies zu verdeutlichen: Stellt euch vor, ihr seid ein Sonnenanbeter auf einer einsamen Insel, weit weg von den lästigen Anrufen der Steuerbehörde und den gut gemeinten Ratschlägen eurer Tante Lise. Das, liebe JuLis, ist negative Freiheit in ihrer reinsten Form, die ungestörte Möglichkeit, in Ruhe gelassen zu werden und eigene Entscheidungen zu treffen, ohne dass euch jemand reinreden könnte.

Aber was ist dann positive Freiheit?

Im Gegensatz dazu bezieht sich positive Freiheit darauf, dass Menschen die Mittel und Ressourcen haben, die sie benötigen, um ihre Ziele zu erreichen. Das kann bedeuten, dass staatliche Maßnahmen ergriffen werden, um eine vermeintliche „Chancengleichheit“ und sogenannte soziale Gerechtigkeit zu fördern, jeder Mensch soll sein Potential voll entfalten können. Das klingt im ersten Moment schön, doch es kann (und so versteht die politische Linke Freiheit) hierfür eben auf einen staatlichen Eingriff im Namen des Allgemeinwohls zurückgegriffen werden. Ob damit Gerechtigkeit

entsteht, ist zu bezweifeln. Letztlich hatten davor auch die großen Philosophen ihrer Zeit Angst: Einem Staat der mit umfassenden Rechten ausgestattet ist und dann in die Hände eines Tyrannen fällt.

Zur Veranschaulichung:

Positive Freiheit ist wie der gut gemeinte Rat eines überfürsorglichen Freundes, der behauptet zu wissen, was für einen das Beste ist, während man eigentlich nur nach einer einfachen Wegbeschreibung fragen wollte. Man will nur wissen, wie man zum nächsten Strand kommt, und plötzlich wird man mit Ratschlägen über Sonnencreme und Wasservorräte bombardiert. Ja, es ist nett gemeint, aber zu viel des Guten.

Wie euch sicherlich bis jetzt aufgefallen sein könnte, orientiert sich unsere Interpretation des Liberalismus nach dem Verständnis der negativen Freiheit. Diese Auffassung meinen wir, wenn wir uns Liberale nennen.

Die FDP setzt sich traditionell für die Stärkung der negativen Freiheit ein, indem sie die individuelle Selbstbestimmung und die Begrenzung staatlicher Interventionen in persönliche Angelegenheiten fordert. Dies schließt die Verteidigung von Bürgerrechten, Meinungsfreiheit und Marktwirtschaft ein. Wir kennen alle unser Leitbild, das im Allgemeinen die Förderung von Freiheit, Eigenverantwortung und Rechtsstaatlichkeit umfasst. Es setzt eine liberale Gesellschaft, die auf individuellen Rechten und Freiheiten basiert, voraus. Wobei der Staat eine begrenzte Rolle spielt und gleichzeitig persönliche Entscheidungen respektiert. Dabei sind die Bedeutung wirtschaftlicher Freiheit, freiem Wettbewerb und Marktwirtschaft als treibende Kräfte für Wohlstand und Innovation zu verstehen. Dieses Leitbild soll daran erinnern, dass Freiheit mehr ist als nur eine schöne Idee. Sie ist ein kostbares Gut, das es zu schützen gilt. Wir setzen uns für negative Freiheit ein, denn wir glauben fest daran, dass wahre Freiheit bedeutet, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, auch wenn dies manchmal eine Dummheit oder einen Fehler bedeuten mag..



Ideologisch können wir nämlich auch!

Wir stehen damit in guter Gesellschaft mit einigen der größten Denker der Menschheitsgeschichte. John Locke, der britische Philosoph des 17. Jahrhunderts, legte die Grundlage für die individuellen Rechte und Freiheiten, die wir heute als selbstverständlich betrachten. Seine Ideen zur Begrenzung staatlicher Macht und zur Verteidigung individueller Eigenverantwortung sind auch heute noch von großer Bedeutung.

John Stuart Mill, ein weiterer großer Denker des Liberalismus, wie wir ihn verstehen, argumentierte vehement für die Freiheit des Individuums, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, solange sie anderen keinen Schaden zufügen.

Ein weiteres Beispiel ist Friedrich August von Hayek, ein österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph des 20. Jahrhunderts. Er ist ebenfalls prominenter Vertreter des klassischen Liberalismus und argumentierte stark gegen staatliche Interventionen in die Wirtschaft und in persönliche Freiheiten. Die Liste ist lang... und die theoretischen Ursprünge unserer Programmatik spannend. Vielleicht ist euch Milton Friedman bekannt, der oft als Verfechter der negativen Freiheit betrachtet wird, da seine marktwirtschaftlichen Ansätze die individuelle Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit bekräftigen, ohne von staatlichen Zwängen oder Regulierungen behindert zu werden. Auch Ludwig von Mises, ein weiterer prominenter Vertreter der österreichischen Schule und damit auch der negativen Freiheit, der ebenfalls die negativen Auswirkungen staatlicher Eingriffe auf die individuelle Freiheit kritisiert.

Alle kommen hierbei auf den selben Nenner: Ein freies Individuum erreicht stets bessere Resultate, als der Staat es je könnte.

Insgesamt steht die Programmatik der FDP in der Tradition dieser großen Denker, die die Ideen der negativen Freiheit geprägt und verteidigt haben. Ihre Argumente und Überlegungen sind auch heute noch relevant und bilden die Grundlage für ihre und auch für unsere politische Arbeit bei den Jungen Liberalen.

Ein Anker in schwierigen Zeiten für die Freiheit.

Bundespolitik kann lästig, Umfragen können enttäuschend und schlechte Wahlergebnisse demotivierend sein. Wir Liberale dürfen aber nie vergessen, warum wir uns hier vor Ort für den organisierten Liberalismus einsetzen. Unser Verständnis für Negative Freiheit ist kein ausschließliches Engagement für politische Parteiprogrammatik. Es geht weit darüber hinaus. Es ermöglicht uns, uns dafür einzusetzen, dass Menschen ihre eigenen Entscheidungen frei treffen können, ohne von anderen bevormundet zu werden. Unser Verständnis von Freiheit und dem Liberalismus ist damit mehr als ein bloßes Gedankenspiel, sondern eine sich bewehrte Lebenseinstellung. Hier ist er, unser politiktheoretischer Anker.



Caroline Scherb (24)

ist Beisitzerin im Landesvorstand für Programmatik und Studentin der Politikwissenschaft in Frankfurt, aus Egelsbach.

Ihr erreicht sie unter: caroline.scherb@julis.de

GET TO KNOW:

UNSERE BEZIRKE

In diesem Format wollen wir euch unsere Bezirke in Hessen näher bringen. Hessen besteht aus fünf Bezirken, diese sind analog zu den FDP-Bezirken aufgeteilt. In dieser Ausgabe stellen wir euch die Bezirke Südhessen-Starkenburg und Westhessen-Nassau etwas genauer vor.

BEZIRKSVERBAND SÜDHESSEN-STARKENBURG



Persönliches zum Vorsitzenden

Dennis Lipowski, 20 Jahre alt
Jurastudium an der EBS Universität für
Wirtschaft und Recht in Wiesbaden, 6.
Semester Bezirksvorsitzender Südhes-
sen, stellv. Vorsitzender Groß-Gerau,
FDP GG Kreisvorstand.

Bezirksverband

Der Bezirksverband Südhessen-Star-
kenburg ist der zweit kleinste BV in
Hessen und vereint mit seiner geogra-
phischen Lage zwischen Mainz, Wies-
baden, Frankfurt und Mannheim dörf-
liche und ländliche Region wie kein
anderer. Aus der Großstadt Darmstadt
bis in den tiefsten Odenwald sind hier
besonders liberale junge Menschen
aktiv und zeigen trotz der verhältnis-
mäßig geringen Größe ein hohes Enga-
gement im Land aber auch im Bezirk
selbst. Zu den Bezirksmitgliederkonfe-
renzen kommt regelmäßig etwa jedes
zehnte Mitglied, ein im Vergleich sehr
hoher Wert. Auch die anderen Angebo-
te sind gut besucht und gerade unter
den Kreisvorständen schätzt man den
gemeinsamen Austausch.

Das sind die südhessischen Vertreter im Landesvorstand



Ole Wilkening, Bergstraße, Stellver-
tretender Landesvorsitzende für
Organisation



Ajeet Ahmad, Groß-Gerau,
Beisitzer für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Wichtige Themen

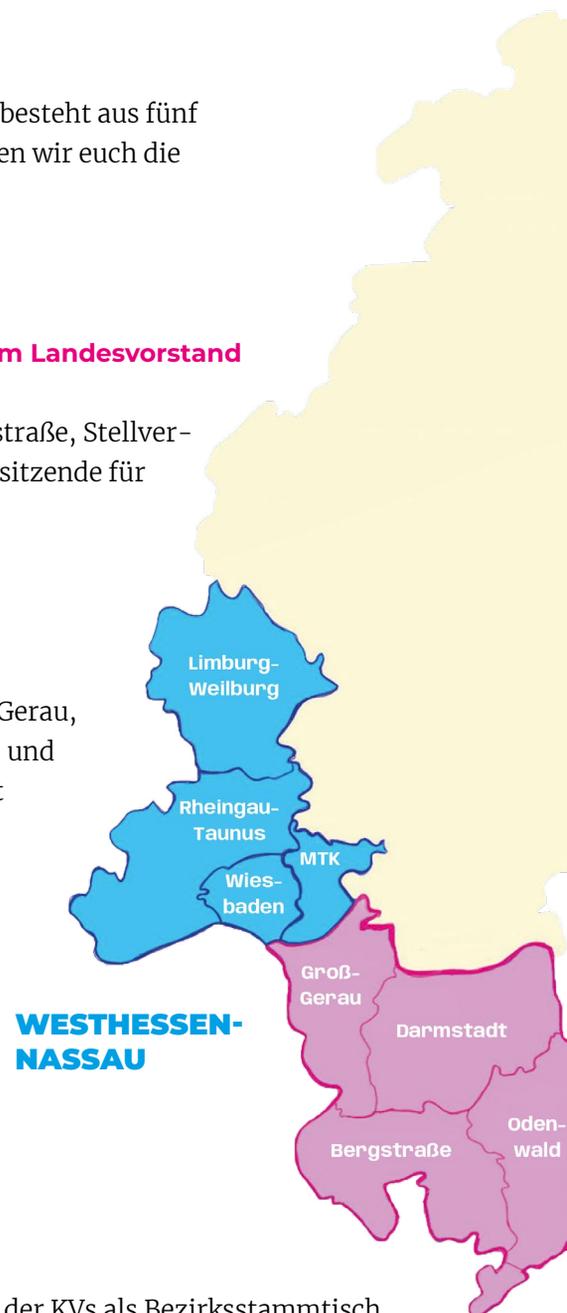
Südhessen sieht sich als Triebkraft des
klassischen Liberalismus innerhalb des
Landesverbands.

Projekte

Der BV versucht, die Kreise bestmöglich
zu stärken und zu vernetzen, erleichtert
die Kommunikation und hält sich dabei
weitgehend zurück. Es besteht jedoch
ein regelmäßiger Bezirksnewsletter, der
über Neues aus allen Verbandsebenen
informiert und alle Mitgliedsverbän-
de auch untereinander vorstellt und so
Basismitglieder vernetzt.

Aktivitäten

Einmal jährlich Bezirkssommer-
fest, gemeinsamer Weihnachtsmarkt,
wechselnd werden die Stammtische



WESTHESSEN- NASSAU

der KVs als Bezirksstammtisch
besucht, sodass der gesamte Bezirk
eingebunden ist, Programmatische
Veranstaltungen vor LaKos.

Kreis- und Regionalverbände

- Bergstraße
- Odenwald
- Groß-Gerau
- Darmstadt



BEZIRKSVERBAND WESTHESSEN- NASSAU



Persönliches zum Vorsitzenden

Marius Schäfer, 24 Jahre alt
Referent für Energie- und Klimapolitik bei der VhU.
FDP-Beisitzer im Landesverband, stellvertretender
Bezirksvorsitzender in Westhessen und stellvertretender
Kreisvorsitzender im Rheingau-Taunus-Kreis. Kommunal-
politiker im Kreistag, Stadtverordnetenversammlung und
Ortsbeirat.

Bezirksverband

Unser Bezirk besteht aus den Kreisen Limburg-Weilburg,
Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Main-Taunus. Der
Bezirk ist nicht nur eine FDP-Hochburg, was die Ergebnisse
angeht. Auch die mit Abstand besten Mitglieder der JuLis
stammen aus Westhessen. Für uns ist Westhessen deshalb
eigentlich Besthessen.

Das sind die westhessischen Vertreter im Landesvorstand



Viola Gebek, Main-Taunus, Stellver-
tretende Landesvorsitzende für Pres-
se- und Öffentlichkeitsarbeit

Aktivitäten

Wir treffen uns regelmäßig zu Vor-
standssitzungen, veranstalten vor
LaKos programmatische Treffen und
veranstalten jedes Jahr eine Weih-
nachtsfeier.



Elias Grundler, Rheingau-Taunus,
Beisitzer für Presse- und Öffentlich-
keitsarbeit

Kreisverbände

- Limburg-Weilburg
- Wiesbaden
- Rheingau-Taunus
- Main-Taunus

Wichtige Themen

Unsere übergeordnete Aufgabe ist, den Zusammenhalt im
Bezirk zu stärken und so die neuen Mitglieder besser an die
Julis zu binden.

**SÜDHESSEN-
STARKENBURG**



BERICHT AUS DEM BUNDESVORSTAND

Liebe JuLis Hessen, es ist wieder an der Zeit, euch auf den neuesten Stand über die Entwicklungen und Aktionen im Bundesverband zu bringen. Es ist einiges passiert:

Europaparteitag der FDP

Beim Europaparteitag der FDP haben wir ordentlich mitgemischt und viele JuLi-Inhalte in das Wahlprogramm der FDP eingebracht. Der größte Erfolg war, dass die FDP nun gegen das Verbot des Payment for Order Flow und gegen Bargeldlimits Position bezieht. Unter dem Motto „Dein Geld? Deine Sache!“ haben wir auch unsere traditionelle Aktion zu dem Thema abgehalten. Und nicht zu vergessen: Unser Spitzenkandidat Phil Hackemann hat sich mit einer klaren Mehrheit den 7. Platz auf der Bundesliste gesichert. Das zeigt doch, dass wir JuLis eine richtig starke Stimme haben!

Praxisseminar in Stuttgart und Dreikönigstreffen

Das Praxisseminar in Stuttgart war mal wieder ein Erfolg! Über 100 JuLis aus allen Ecken des Landes haben sich dort getroffen, um sich auf künftige Herausforderungen vorzubereiten. Auch beim Dreikönigstreffen haben wir wieder so richtig Gas gegeben: Unsere Aktion für die schnelle Einführung der Aktienrente mit dem Spruch „Weihrauch, Myrrhe und Gold

haben wir nie gewollt: Aktienrente statt Wahlgeschenke, jetzt!“ hat definitiv für Gesprächsstoff gesorgt.

Aktion für Mansour Demordeh

Gemeinsam mit der Initiative HÁWAR.help haben wir uns für Mansour Demordeh eingesetzt, einen Freiheitskämpfer, der vom iranischen Regime gefangen gehalten wurde. Vor der Iranischen Botschaft haben wir unsere Stimme für seine Freilassung erhoben und es hat sich gelohnt: Vor kurzem wurde er auf Kaution freigelassen.

Wie immer gilt:

Wenn ihr Fragen oder Anregungen zur Arbeit im Bundesverband habt, kommt gerne auf mich zu! Ihr erreicht mich unter trabert@julis.de

Eure Maxima



Maxima Trabert (19)

ist Studentin der Physik und hessisches Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Liberalen. Ihr erreicht Sie unter: trabert@julis.de

Finn stellt sich vor:

Liebe JuLis, ich freue mich sehr, dass mich die Kreisvorsitzendenkonferenz nominiert hat. Vielen Dank für das Vertrauen.

Unser Verband steht vor großen Herausforderungen. Neben heftigen Problemen von außen, wie Krieg in Europa, der Klimakrise oder dem Demographiewandel, sind wir derzeit mit einem schweren Vertrauensverlust in die liberale Politik konfrontiert. Wir JuLis müssen jetzt alles daran setzen, diesen nachhaltig zu bekämpfen und junge Menschen wieder für Freiheit und Selbstbestimmung zu begeistern und zu motivieren.

In meiner Zeit in diesem Verband konnte ich bisher viele Erfahrungen auf allen Ebenen sammeln. Auf Landesebene konnte ich zunächst als Chefredakteur unseres Mitgliedermagazins, die vielen verschiedenen Meinungen unseres Verbandes publizieren.

Letztes Jahr konnte ich mit dem Landesvorstand die Landtagswahlkampagne planen und auf Social Media umsetzen. Auf Bundesebene bin ich im Social-Media-Squad als Verantwortlicher für Design und Social-Media und kann dort unsere Öffentlichkeitsarbeit mitgestalten.

Das möchte ich nun stärker fortsetzen und als Teil des Bundesvorstandes unsere Öffentlichkeitsarbeit mit folgenden Ideen voranbringen und weiterentwickeln:

- stärkere Unterstützung unserer Untergliederungen mit Vorlagen und Guidelines für Reels und Öffentlichkeitsarbeit.
- Verbesserung unserer Kampagnen und stärkere Einbindung der Landesverbände
- Konzeption einer bundesweiten Neumitgliederkampagne
- Stärkere Anpassung unserer Social-Media-Arbeit an die jeweiligen Plattformen, Trends mitnehmen und ein aktiveres Communitymanagement.

Ich würde mich sehr über Euer Vertrauen und Eure Unterstützung freuen. Meldet Euch bei Fragen oder Anmerkungen gerne jederzeit bei mir.

Euer Finn

Nach 1,5 Jahren im Bundesvorstand hat sich Maxima dazu entschieden, sich nicht noch einmal zur Wiederwahl zu stellen.

Wir bedanken uns bei Maxima für ihre großartige Arbeit und dafür, dass sie uns mit einer starken Stimme im Bundesvorstand vertreten hat!

Um auch weiterhin Hessen im BuVo zu vertreten, hat die Kreisvorsitzendenkonferenz Finn Kühberger als Kandidaten für den Bundesvorstand nominiert. Die Wahl findet am ersten Maiwochenende auf dem Bundeskongress in Bielefeld statt.

Wir wünschen Finn dafür viel Erfolg!



NEUES AUS DER LHC



Liebe Julis,

Ich freue mich sehr, euch über die Geschehnisse bei den Liberalen Hochschulgruppen der letzten Monate zu berichten. Wie ihr sicherlich auch mitbekommen habt, ist es an deutschen Hochschulen vermehrt zu antisemitischen Vorfällen gekommen. Leider auch in Hessen, ganzegal ob Demos am Campus Westend oder Grafittis in Fulda: Antisemitismus ist auch an hessischen Hochschulen ein Problem, dass wir zwar deutlich adressieren aber nicht alleine abwenden können. Viele waren sehr überrascht, über die Zustände an den höchsten Bildungseinrichtungen dieses Landes. Wer allerdings, wie wir, in der dauerhaften Debatte steht, den haben diese Umstände nicht überrascht, denn wir warnen seit Jahren vor dem Antisemitismus an Universitäten. Auch die letzte Generation ließ nicht locker und griff neben der Goethe-Universität auch die Universität in Kassel an. Zu beiden Vorfällen haben wir uns auch in den Medien geäußert - unser Fazit? Viel Farbe, aber nichts dahinter. Ihr merkt schon, dass es bei uns nie langweilig wird und wenn man denkt es würde ruhiger werden, dann besetzen Linksextreme die Dondorf-Druckerei in Frankfurt und fordern einen studentischen Kulturraum.

Neben diesen Dingen war ein besonderes Highlight diesen Winter die Hochschulwahlen an der Technischen Hochschule Mittelhessen, wo wir das erste Mal nach der Neugründung im Sommer 2023, angetreten sind. Dabei konnte die LHG aus dem Stand 11,8% im Studentenparlament für sich erringen und ist nur knapp an ihrem Senatsplatz vorbeigeschrammt. Ein unglaubliches Ergebnis, das zeigt, wie viel Potential in dieser Hochschule noch steckt.

Darüber hinaus sind wir Mitte Januar nach Bonn zur Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Hochschulgruppen gereist. Hier hat sich Luca Sesterhenn der Wahl zum Stellvertretenden Vorsitzenden für Presse und Öffentlichkeitsarbeit und ich mich der Wahl zum Bundesvorsitzenden gewählt. Beide hessische Kandidaten waren ohne Gegenkandidaten angetreten und konnten die Delegierten von sich überzeugen. Bereits Freitagabend wurde ich mit 100% gewählt, Lucas Wahl folgte am Samstag morgen, in welcher er 77% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Dementsprechend sind wir Hessen erstmals mit zwei gewählten Mitgliedern im Bundesvorstandspräsidium vertreten und dementsprechend extrem stark und aussichtsreich im Bundesverband aufgestellt. Bis zu unserer Landesmitgliederversammlung, die vermutlich kurz vor der Veröffentlichung dieses Mitgliedermagazins stattfinden wird, wird Fabian Witzel von der LHG Frankfurt die Geschäftsführung des Landesverbands übernehmen.

Bei Fragen und Ähnlichem stehe ich euch natürlich weiterhin zur Verfügung.

Liebe Julis,
seit knapp 2 Jahren verfasse ich nun Berichte für dieses Mitgliedermagazins und möchte mich bei den (ehemaligen) Redakteuren und dem Landesverband für die Möglichkeit bedanken. Ich hoffe, dass ich hier einen ungefähren Über-

blick über das Geschehen bei der LHG geben konnte und dass diese nette Tradition auch ohne mich in Zukunft weitergeführt wird. Außerdem lohnt sich ein Engagement bei der LHG immer, egal ob als Vorbereitung für ein kommunales Mandat, den Einsatz für sein eigenes Umfeld oder das Organisieren des eigenen Wahlkampfes: Die Liberalen Hochschulgruppen bieten einen großen Raum zur politischen Selbstverwirklichung, die über innerverbandliche Debatten auf Landeskongressen hinausgeht. Die Mitgliedschaft ist darüber hinaus entgeltfrei und endet automatisch mit dem Abschluss eures Studiums. Uns gibt es in Kassel, Marburg, Gießen, an der THM, in Frankfurt, Fulda und Darmstadt. Gibt es bei dir an der Hochschule keine Gruppe, gründen wir einfach gemeinsam eine!

Wenn wir politisch erfolgreich werden möchten, müssen wir gesamtgesellschaftlich kämpfen.

Also auf allen uns verfügbaren Ebenen. Werde aktiv - komm zur LHG!

Viele Grüße,
Jan-Lukas Gescher



Jan-Lukas Gescher (25)

ist Student der Politikwissenschaft und Soziologie. Er ist bei den JuLis und der FDP in Gießen aktiv und ist seit Januar 2024 Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen.

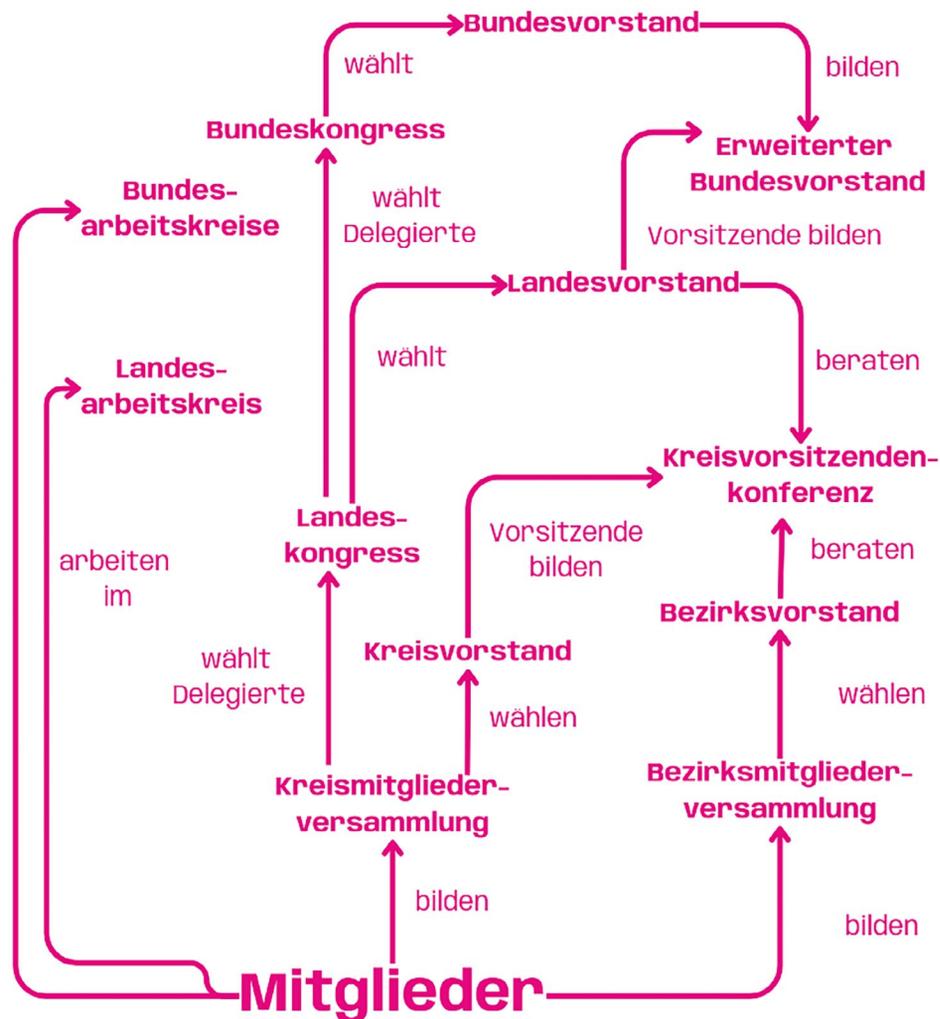


NEU MITGLIEDER ECKE

Wir haben alle mal angefangen und waren alle einmal Neu. Daher freuen wir uns besonders, dich als Neumitglied in unserem Verband herzlich willkommen zu heißen.

Wir freuen uns, dass du den Weg zu uns gefunden hast und Mitglied bei uns geworden bist.

Wir wissen, dass der Anfang ziemlich überfordernd sein kann, weshalb wir dir hier in der Neumitgliederecke alle wichtigen Informationen, die du brauchst, zur Verfügung gestellt haben. Vielleicht weißt du nicht, in welche Ebenen wir gegliedert sind, wie du dich engagieren und einbringen kannst, oder wie du andere Mitglieder kennenlernen kannst.



Du hast **Fragen, Wünsche und Anregungen**? Dann kontaktiere gerne unseren Neumitgliederbeauftragten **Leon Seiß**. Du erreichst ihn auf Instagram oder per Mail.



Wie ist unser Verband strukturiert?

Unser Landesverband Hessen ist Teil des Bundesverbandes. Der Landesverband setzt sich aus den Bezirksverbänden Kurhessen, Rhein-Main, Mittelhessen, Südhessen-Starkenburger Land und Westhessen zusammen. Für was sich die Bezirksverbände Südhessen-Starkenburger Land und Westhessen einsetzen, welche Kreisverbände zu ihnen gehö-

ren und einiges mehr, kannst du auf Seite 40 und 41 nachlesen. Die nächste Ebene nach dem Bezirksverband ist der Regional- oder Kreisverband, von dem du bei deiner Aufnahme bei uns eine Nachricht bekommen haben solltest. Die nächstkleinere Struktur ist der Ortsverband.

Welche Aktivitäten und Veranstaltungen bieten wir an?

Zweimal im Jahr treffen wir uns zum Landeskongress. Auf dem letzten Landeskongress in Weilburg haben wir einen neuen Landesvorstand gewählt und einige Anträge angenommen. Was seit der letzten Ausgabe des „YouLi“ alles geschehen ist, kannst du auf Seite 34 bis 37 nachlesen. Dort erfährst du außerdem genauer, was auf dem letzten Landeskongress passiert ist. Was es Neues aus dem Bundesvorstand gibt, kannst du auf Seite 42 und 43 nachlesen. Auch dein Bezirk und dein Regional- oder Kreisverband führt regelmäßige Veranstaltungen durch. Falls du davon noch nichts mitbekommen hast, wende dich gerne an den Vorsitzenden deines Regional- oder Kreisverbandes. Melde dich auch gerne für unseren Newsletter über unsere Website an, solltest du ihn noch nicht bekommen. Dort kündigen wir alle größeren Veranstaltungen in Hessen an. Über aktuelle Veranstaltungen informieren wir auch immer in unserer Instagram Story. Folge uns dort gerne @julishessen

Wie kannst du dich und deine Ideen einbringen?

Die genannten Veranstaltungen bieten gute Möglichkeiten, in denen du dich einbringen kannst. Auf den Landeskongressen können einzelne Mitglieder, Landesarbeitskreise und Verbände Anträge ausarbeiten und über diese abstimmen lassen. Delegierte und Ersatzdelegierte der einzelnen Regional- und Kreisverbände stimmen dort Anträge ab und wählen einmal im Jahr einen neuen Landesvorstand. Wenn du Ideen für einen Antrag hast, kannst du deine Idee bei der nächsten Veranstaltung in deinem Regional- und Kreisverband oder deinem Bezirksverband einbringen, oder vorher schon Personen deines Verbandes für deine Idee werben. Die Landesarbeitskreise bieten eine weitere Möglichkeit, wie du dich bei uns einbringen kannst. Über unsere Website kannst du dich bei einem oder mehreren der Landesarbeitskreise anmelden.

Abkürzungen und ihre Bedeutungen

LaVo = Landesvorstand
eLaVo = Erweiterter Landesvorstand
LV = Landesverband
BV = Bezirksverband
KV = Kreisverband
OV = Ortsverband
LAK = Landesarbeitskreis
LaKo = Landeskongress
LGS = Landesgeschäftsstelle
LPW = Landesprogrammatisches Wochenende
LHG = Liberale Hochschulgruppe



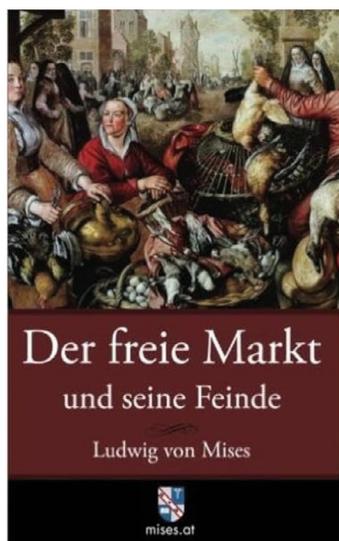
Du hast Fragen, die auch andere interessieren könnte? Dann schreib uns und wir beantworten deine Frage in der nächsten Ausgabe des YouLi!

LIBERALE BUCHEMPFEHLUNG



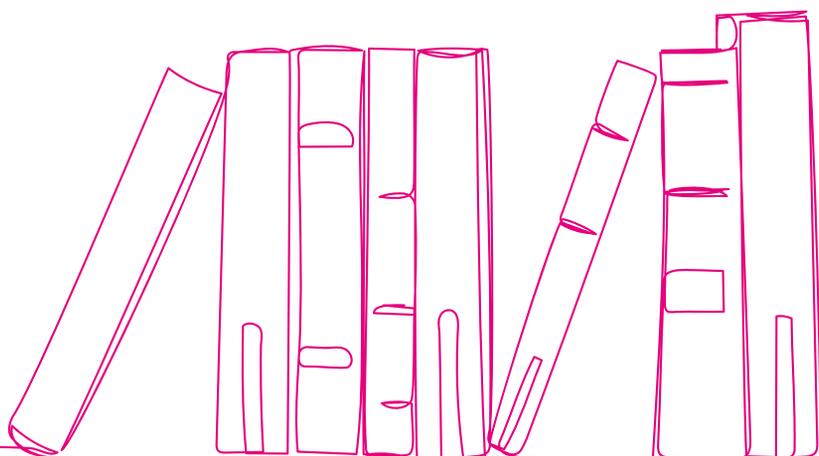
Marie-Agnes Strack-Zimmermann - Streitbar (was Deutschland jetzt lernen muss)

Gerade im Bezug auf die anstehende Europawahl gibt das Buch einen grandiosen Einblick auf internationales aus deutscher Perspektive. Es erörtert mitunter, wie Russland und China eine Gefahr für westliche und aufgeklärte Demokratien darstellen können. Ein must-read!



Der freie Markt und seine Feinde - Ludwig von Mises

Das Buch erklärt viel über Wissenschaften, die Entwicklung und die Funktion des Marktes. Es ist verständlich geschrieben und fasst komplexe Themen konkret zusammen. Die Herangehensweise, bei der in jedem Kapitel ein Thema aufgedrösel wird, macht das Buch noch leichter zu lesen und kann auch über einen längeren Zeitraum verteilt gelesen werden.



KV-KRACHER: DIE HIGHLIGHTS AUS DEN KREISVERBÄNDEN

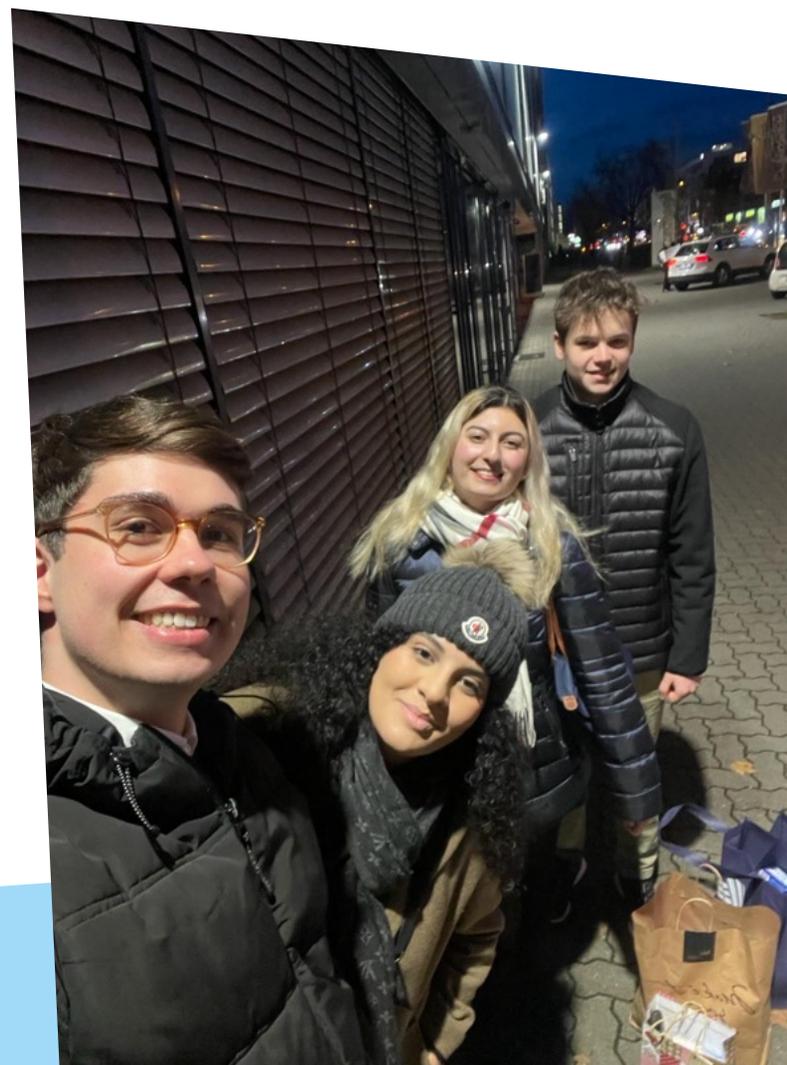
Der Kreisverband der JuLis Wiesbaden spendete am 11.12.23, im Rahmen einer gemeinsamen Aktion des Self-Storage Anbieters MyPlace und der Tafel Wiesbaden in der Adventszeit, Drogerieprodukte und Lebensmittel an Bedürftige. Jede Spende - unerheblich in welcher Form - trägt dazu bei, denjenigen, die es am dringendsten benötigen, insbesondere in der kalten Saison eine Hilfestellung zu bieten. Uns ist es dabei auch wichtig gewesen, Stellung zu beziehen und auf die Rolle der Tafel aufmerksam zu machen.

Die Aktion wurde gut aufgenommen, der KV Wiesbaden wird so auch dieses Jahr wieder teilnehmen.

KV Wiesbaden



**WIE HAT DIR DIESE AUSGABE DES YOULI
GEFALLEN? SAG UNS GERNE DEINE MEINUNG!
HIER GEHT ES ZUR KURZEN UMFRAGE:**



PINNWAND MIT VERANSTALTUNGEN

DIESE VERANSTALTUNGEN DARFST DU NICHT VERPASSEN

Bundeskongress (BuKo) 3-5. Mai 2024 in Bielefeld

Der Bundeskongress ist das oberste Beschlussgremium der Jungen Liberalen und findet zwei Mal im Jahr öffentlich statt. Auf dem BuKo beraten und beschließen wir Anträge und legen somit die Beschlusslage des Verbandes fest. Alle Mitglieder haben dabei Rederecht und können sich in der Debatte beteiligen. Stimmberechtigt sind 200 Delegierte, die zuvor von unseren Landesverbänden gewählt wurden.

Regelmäßig kommen Spitzenpolitiker der FDP für einen Austausch zu uns, zuletzt u.a. Christian Lindner, Bijan Djir-Sarai, und Marco Buschmann. Als JuLis nehmen wir dabei unsere konstruktiv-kritische Rolle ernst und diskutieren aktuelle politische sowie innerparteiliche Themen.

Der Kongress wird von über 500 Jungen Liberalen sowie einigen Gästen und Journalisten besucht. Der nächste BuKo findet Anfang Mai in Bielefeld statt. Wir freuen uns sehr, wenn du vorbei schaust – es ist definitiv ein Highlight im Jahr – nicht zu letzt wegen der legendären BuKo-Party. Und wenn du es nicht schaffst vor Ort vorbeizukommen, kannst du den Kongress live auf Twitch verfolgen.

Europawahl 9 Juni 2024

Es geht um alles! Erstmals dürfen 16-jährige bei dieser Wahl ihre Stimme abgeben und mitbestimmen, wie es mit Europa weitergeht. Alle Stimmen für die Freiheit!

82. Landeskongress am 15./16. Juni 2024 in Bad Nauheim

Am 15. und 16. Juni ist es wieder soweit! Unser 82. Landeskongress findet in Bad Nauheim im Bezirk Rhein-Main statt. Zwei Tage Kongress voll mit Programm- und Power. Also haltet euch unbedingt das Wochenende nach der Europawahl frei! Und natürlich wird auch wieder für eine legendäre LaKo-Party gesorgt.

Der Landeskongress ist die größte Veranstaltung der JuLis Hessen und findet zweimal im Jahr an unterschiedlichen Orten in ganz Hessen statt. Hier wird neue Beschlusslage geschaffen und einmal im Jahr ein neuer Landesvorstand gewählt. Eine gute Gelegenheit neue JuLis kennenzulernen sich zu vernetzen, aber auch eigene Ideen einzubringen.

Wir freuen uns neue und alte Gesichter wiederzusehen! Folge uns gerne auf Social Media, um den Anmeldestart nicht zu verpassen!

Summercamp 2024 des Bundesverbands

JuLis und Camping das passt nicht? Falsch! Denn das Summercamp startet dieses Jahr bereits in seine dritte Runde! Vom 8. bis zum 11. August findet das Camp der Bundes-JuLis statt. Dabei erwartet dich die perfekte Mischung aus Freizeitaktivitäten und spannenden Seminaren. Weitere Infos findet ihr bald auf der Website des Bundesverbandes (julis.de)

Get Out the Vote Brandenburg am 13.-15. September 2024

Bald ist es auch wieder Zeit für unser landesprogram-
matisches Wochenende. Dieses findet traditionell am
Edersee statt. Ein Wochenende voller Programmatik,
verschiedener Seminare und jeder Menge Spaß! Für
den genauen Termin und alle weiteren Infos schaut
gerne auf unserer Website (julishessen.de) oder auf
unserem Instagram Channel @julishessen vorbei,
um nichts zu verpassen!

Get Out the Vote Sachsen am 23.-25. August 2024

Sachsen wählt- und das gleich zweimal in diesem
Jahr! Sowohl den Landtag als auch die Vertreter in
den Kommunen. Wir wollen den JuLiA Sachsen helfen
möglichst viele jungliberale Stimmen in die kommu-
nalen Parlamente zu bekommen, deshalb ist unsere
Unterstützung gefragt!

Sommer-LPW am Edersee

Bald ist es auch wieder Zeit für unser landesprogram-
matisches Wochenende. Dieses findet traditionell am
Edersee statt. Ein Wochenende voller Programmatik,
verschiedener Seminare und jeder Menge Spaß! Für
den genauen Termin und alle weiteren Infos schaut
gerne auf unserer Website (julishessen.de) oder auf
unserem Instagram Channel @julishessen vorbei,
um nichts zu verpassen!

Get Out the Vote Brandenburg am 13.-15. September 2024

Und auch in Brandenburg wird unsere Unterstützung
gebraucht! Haltet euch schonmal dieses September-
wochenende frei für ganz viel Wahlkampf-Power in
Brandenburg!



Hier geht es zu
unserer Terminpage



**WIR BEDANKEN UNS HERZLICH BEI FOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDERN FÜR DIE
UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT:**

Oliver Stirböck, Hans-Joachim Otto, Dr. Frank Blechschmidt, Leif Blum, Dieter Kellermann, Heinrich Heidel, Frank Sürmann, Jürgen Lenders, Wolfgang Greilich, Peter Engemann, Andrea Kaup, Axel Vogt, Florian Rentsch, Bettina Stark-Watzinger, Anette Greilich, Brigitte Schlüter, Stefan Ruppert, Stephan Dehler, Hans-Jürgen Hielscher, Anne Linke-Diefenbach, Stefan Müller, Roland Hoffmann, Jochen Kilp, Manfred Lister, Nicola Beer, Wilderich Heising, Dr. Lasse Becker, Matthias Nölke, Alexander Müller, Till Mansmann, Wiebke Knell, Bernhard Kammer, Milena Scinardo, Jens Jacobi, Dieter Schütz, Moritz Promny, Christian Diers, Kirill Steinert, Robert Dübbers, Haceli Bozdemir, Jochen Rube, Peter Heidt, Katja Adler, Mario Döweling

IMPRESSUM:

**JUNGE LIBERALE HESSEN
MORITZSTRASSE 56
65185 WIESBADEN**

INFO@JULIS-HESSEN.DE

Landesvorsitzender: Tim Hordorff
Redaktion: Adriano Jugl, Jasmin Ebrahimian,
Anna Hollidt, Jannik Wagner
V.i.S.d.P.: Viola Gebek

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich
gekennzeichnete Artikel sind Beiträge des jeweils
genannten Autors und spiegeln nicht in jedem Fall
die Meinung der Jungen Liberalen Hessen wider.